

Von Krise zu Krise

Von Artur Crispian

L

Konnte sich nach dem November 1918 eine sozialistische Regierung nicht durchsetzen und behaupten, so nicht, weil das kapitalistische Deutschland nicht reif ist für die Verwirklichung des Sozialismus, sondern weil das Proletariat seine Macht nicht bewußt sozialistisch geltend machte. In Deutschland sind die ökonomischen und sozialen Vorbedingungen für die Errichtung eines proletarischen Staates als weitere Etappe der proletarischen Weltrevolution und als Uebergang zur sozialistischen Gesellschaft erfüllt. Es fehlt nur noch die Herbeiführung der politischen Bedingungen durch das Proletariat.

Das Abdrängen großer Teile des Proletariats vom Boden der proletarischen Diktatur in den Sumpf der reinen bürgerlichen Demokratie durch die Rechtssozialisten, die Noske- und Ebert-Politik und das Hineintreiben großer Teile des Proletariats in Sackgassen und Abgründe durch die Taktik bolschewistischer Abenteurer schwächten das Proletariat und stärkten die Bourgeoisie.

Im März 1920 glaubte die Bourgeoisie ihren Tag gekommen. Der Rapp-Butsch sollte ihr die reifste Macht bringen und das Proletariat für immer von der politischen Bühne entfernen.

Doch der November 1918 läßt sich nicht mehr aus der Geschichte der modernen Klassenkämpfe auslösen. Zwar hatte das Proletariat seine unbefristete politische Macht, die es in den ersten Tagen nach seiner Erhebung besaß, nicht behaupten können, zwar hatte es zahlreiche Machtpositionen räumen müssen, doch so stark ist es, trotz alledem und allemal, daß es die Herstellung des Zustandes, wie er vor dem November 1918 war, zu verhindern vermag. Bei jeder Abwehr reaktionärer Anschläge geht das Proletariat zu neuen Vorstößen über.

Der Fortschritt der proletarischen Revolution in Deutschland war unverkennbar. Freilich, wer auf scheinrevolutionäres Phrasengebilde schwört und sich die Revolution wie einen effektvollen Einakter vorstellt, hat keine Ahnung von dem reichen Sphärenwechsel des gewaltigen Dramas der proletarischen Weltrevolution mit seinen vielen Zwischen- und Nebenspielen. Wer nicht zugleich mitwirkender und kritischer Betrachter zu sein vermag, wer nicht, obgleich er mitten drin steht, auch die Ereignisse der Gegenwart aus geschichtlicher Distanz zu überschauen vermag, für den ist das geschichtliche Geschehen ein unentwirrbares Durcheinander.

Worin lag der Fortschritt der Revolution vom November 1918 bis zum März 1920?

Im November 1918 wollte die breite Masse der aufständischen Arbeiter und Soldaten Frieden, Arbeit und Brot. Jede Regierung wäre ihr recht gewesen, die sich rüchaltlos für diese Forderungen eingesetzt hätte. Mit jeder Staatsform würde sie sich zufrieden gegeben haben, wenn nur der Massenmord sein Ende gefunden hätte. Daß darüber hinaus die Monarchie zerfallen wurde, hatte seine Ursache in den Tatsachen, daß die alten Regierungen unfähig waren, den Krieg zu beenden und daß eine revolutionäre Kerntruppe bewußt den Aufstieg zu einer sozialistischen Revolution voranzutreiben sich bemühte. Es zeigte sich denn auch, daß die große Mehrheit der Arbeiter und Soldaten den politischen Kampfpfad verließ, nachdem Frieden, Arbeit und Brot erreicht zu sein schienen. Die Masse der Arbeiter und Soldaten legte ihre weiteren Geschicke in die Hände der „demokratischen Regierung“.

Das Niederschlagen der Rapp-Butschisten im März 1920 war zugleich eine gewollte Aktion des Proletariats zur Rettung der Republik. Diesmal war dem Proletariat in seiner Mehrheit auch die Staatsform eine Frage ersten Ranges. Die Arbeiter, Angestellten und Beamten aller republikanisch gesinnten Parteien standen in einer geschlossenen Front. Sie hatten erkannt, daß ihre Kampfbedingungen innerhalb einer bürgerlichen Demokratie überaus günstiger seien, als unter dem Druck weitgehender politischer Entrechtung. Ein weiterer Fortschritt war das politische Aufstehen der Gewerkschaften, der Angestellten- und Beamten-Organisationen. Die Gewerkschaften, die 1914 unter rechtssozialistischen Führern den Burgfrieden mit der Bourgeoisie geschlossen hatten, die die Durchhaltepolitik der Bourgeoisie während der ganzen schweren Kriegsjahre unterstützten, die ihre politische Neutralität zu bewahren sich bemühten, gegen deren Willen 1918 revolutionäre Stürme losbrachen, die mit aller Macht dazu beitrugen, daß die proletarische Diktatur durch die bürgerliche Demokratie abgelöst wurde, dieselben Gewerkschaften standen im März 1920 mitten in einer nicht nur politischen, sondern auch revolutionären Aktion. Man hörte nur, wie die oberste Leitung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes sich selbst in ihrem Korrespondenzblatt vom 27. März 1920 über das damalige Vorgehen der Gewerkschaften äußerte:

Für die Gewerkschaften bedeutet dieser Generalfreitag die erste Probe einer groß angelegten politischen Aktion. Sie mußten sich als einen neuen Faktor im politischen Leben einfügen, mit dem Regierung und Parlament sich vor allen entscheidenden Schritten zu verständigen haben. Es mag demokratische Doktrinen geben, die eine solche Regierung als unvereinbar mit den verfassungsmäßigen Rechten der Volksvertretungen finden. Ihnen können wir nur das eine sagen: Ein Parlamentarismus, der in anderen Formen erhebt, ohne sich um die lebendig wirkenden Kräfte des Volkes zu kümmern, ist eine Gefahr für das Gesamtwohl. Die Gewerkschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten sind aus diesem Kampf um die Erhaltung der Republik hervorgegangen als die Bewusstseinsorgane der Bevölkerung. Die Gewerkschaften haben sich zu dieser verantwortungsvollen Aufgabe ebensowenig gedrängt, wie zur Organisation des politischen Generalfreitags. Die Geschichte... hat sie an diesen Platz gestellt.

Eine unverkennbar fortschrittliche Entwicklung der Gewerkschaften von 1914 über 1918 bis 1920.

Die Rapp-Butschisten wurden nicht mit demokratischen Mitteln, nicht im Parlament niedergeschlagen, sondern durch Massenstreik und Waffengewalt. Wieder hätte das Proletariat die Macht ergreifen und behaupten können, wenn die Gewerkschaften im entscheidenden Augenblick nicht den rechtssozialistischen Führern ins Lager der Demokratie gefolgt wären.

Die Frage der Bildung einer Arbeiterregierung mußte nach dem Sieg über die Rapp-Butschisten von den Arbeiterorganisationen beantwortet werden. Wie wurde sie beantwortet?

Die Rechtssozialisten waren überhaupt nicht in nennenswertem Maße aktiv, sie waren durch die Politik ihrer Noske und Ebert demoralisiert und mehr oder weniger als proletarische Macht aktionsunfähig geworden.

Die rechtssozialistischen Gewerkschaftsführer waren bereit, an der Bildung einer Arbeiterregierung sich zu beteiligen unter Mitwirkung oder mindestens Billigung der — bürgerlichen Parteien und bürgerlich-demokratischem Parlamente. Damit verwandelten die Gewerkschaften ihre revolutionäre Taktik in eine reformistische.

Die Kommunisten hielten eine Arbeiterregierung für eine notwendige und unvermeidliche Uebergangseinrichtung, durch die die proletarische Revolution zum weiteren Vormarsch geführt werden könnte. Die Kommunisten wollten allerdings selbst nicht irgendwelche Verantwortung durch den Eintritt in eine Arbeiterregierung übernehmen, sie wünschten die Bildung einer Arbeiterregierung durch die anderen Arbeiterorganisationen und stellten eine „lokale Opposition“ in Aussicht.

Die Unabhängige Sozialdemokratie war der Forderung einer rein sozialistischen Regierung nicht abgeneigt, wenn deren Mitglieder und Träger sich, nach all den bitteren Erfahrungen mit den Rechtssozialisten, auf ein Mindestprogramm verpflichten würden. Dabei war sich die Unabhängige Sozialdemokratie darüber klar, daß eine sozialistische Regierung nicht mit Hilfe bürgerlicher Parteien eingeseht werden könnte, sondern daß die Bildung einer sozialistischen Regierung die Epoche der Diktatur des Proletariats einleiten würde, daß sich die sozialistische Regierung nur auf die Arbeiterklasse stützen dürfte und daß sie sich gegen die Bourgeoisie kämpfen und behaupten müßte.

So bedeutungsvoll die fortschrittliche Entwicklung der Gewerkschaften auch war, so weit war sie noch nicht gediehen, daß die Gewerkschaften schon bereit gewesen wären, alle Konsequenzen aus dem durch den Sieg über die Rapp-Butschisten gefürchten moralischen Nachbewußtsein des Proletariats zu ziehen. Die Gewerkschaften paktierten erneut mit der Bourgeoisie und brachten dadurch sich und die Arbeiterklasse um die Möglichkeit, ihr eigenes oder ein anderes proletarisches Aktionsprogramm durchzusetzen, um eine „den Wünschen des Volkes entsprechende und für eine gesicherte Zukunft gewährleistende Neuordnung der Verhältnisse“ herbeizuführen. Das war wiederum nur möglich, weil große Massen auch innerhalb der Gewerkschaften nicht sozialistisches Bewußtsein besaßen.

Die Gewerkschaften verließen also das Schlachtfeld der politischen Kämpfe und bezogen ihre alten Positionen.

II.

Nach dem geschilderten Ausgang der Märzämpfe von 1920 begann das Ringen um die Seele des Proletariats mit neuer Energie.

Die Rechtssozialisten versuchten es abermals mit dem auf die Dauer unmöglichen Experiment einer bürgerlich-sozialistischen Regierung. In einer solchen Regierung können die Sozialisten nur Gefangene oder Geiseln in der Gewalt der Bourgeoisie sein. Eine bürgerlich-sozialistische Regierung müßte das unmögliche Kunststück fertig bringen, zu gleicher Zeit die Interessen der Bourgeoisie und die des Proletariats zu vertreten. Eine solche Regierung wird es über kurz oder lang mit der Bourgeoisie und mit dem Proletariat verderben und sich damit selbst erledigen. Die Rechtssozialisten waren aber sogar kühn genug, zu versuchen, die Unabhängige Sozialdemokratie für das System einer bürgerlich-sozialistischen Regierung einzufangen.

In einem Geheimzirkular vom 9. Juni 1920 machte der Parteivorstand der Rechtssozialisten der rechtssozialistischen Presse „streng vertrauliche“ Mitteilungen über seine Taktik zur Vernichtung der Unabhängigen Sozialdemokratie. Nach den Reichstagswahlen vom 6. Juni 1920 war die Frage der Neubildung einer Regierung wieder einmal akut geworden. Dabei sollte nach den Anweisungen des rechtssozialistischen Parteivorstandes wie folgt verfahren werden:

„Ebert wird zuerst Hermann Müller den Auftrag zur Bildung eines neuen Kabinetts geben. Hermann Müller wird dann ausschließlich mit den Unabhängigen verhandeln und sich bereit erklären, mit ihnen (eine sozialistische Regierung zu bilden). Bewahre! sondern um mit ihnen) im Rahmen der Reichsverfassung ein Regierungsprogramm aufzustellen und den Kern einer Regierungsmehrheit zu bilden, zu der etwa die Demokraten herangezogen werden sollen.“

Man beachte den „Rahmen der Reichsverfassung“ und die Bildung des „Kerns einer Regierungsmehrheit“, zu der „etwa die Demokraten herangezogen werden sollen“!

Also nicht eine sozialistische Regierung, sondern eine bürgerlich-sozialistische Regierung, für die neben den Rechtssozialisten auch die Unabhängigen Sozialdemokraten einige Gefangene oder Geiseln stellen sollten. Den Rechtssozialisten war wohl bekannt, daß die Unabhängigen unter entsprechenden Sicherungen bereit waren, durch Beteiligung an einer sozialistischen Regierung jede politische Verantwortung zu übernehmen. Den Rechtssozialisten kam es ja auch nur darauf an, ihre Partei zu retten und die Unabhängigen auf den Sand zu setzen. Das geht aus diesen Bemerkungen in dem erwähnten Geheimzirkular hervor:

„Sie (die U.S.P.D.) könnte leicht, wenn wir nicht sehr klug und vorsichtig sind, die Führung der Opposition in die Hand bekommen und damit der Entwicklung unserer Partei Abtrag tun.“

Diese kluge und vorsichtige rechtssozialistische Taktik bestand darin, der Unabhängigen Sozialdemokratie Unmögliches zuzumuten, um sie dann mit demagogischer Gerissenheit bei dem Proletariat anzuschwärzen. In Befolgung dieses rechtssozialistischen Schiebertricks lud denn auch Hermann Müller am 11. Juni 1920 das Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratie zu einer Aussprache über den Eintritt von Mitgliedern der U.S.P.D. in die neu zu bildende bürgerlich-sozialistische Regierung ein.

Hätte sich die Unabhängige Sozialdemokratie hineinlegen lassen, wäre sie neben den Rechtssozialisten in eine bürgerlich-sozialistische Regierung gegangen, dann wäre sie rettungslos von der rechtssozialistischen Partei verschlungen und das Proletariat in Deutschland, wie schon einmal 1914, um seine politische Vertreterin und Führerin in seinem revolutionären Klassenkampf gebracht worden. Die bolschewistische Bewegung wäre außerdem gestärkt worden, jene Bewegung, deren verhängnisvolle Wirkungen im März 1921 offenbar wurden. Um das Proletariat vor diesem Schicksal zu bewahren, konnte die Unabhängige Sozialdemokratie nicht anders, als das rechtssozialistische Intrigenspiel durch eine klare und feste Haltung zu schanden zu machen. Darum mußte die Unabhängige Sozialdemokratie antworten:

„Die U.S.P.D. kann nicht in eine Regierung eintreten, die sich die Wiederanrichtung der im Kriege zusammengebrochenen kapitalistischen Ausbeutungswirtschaft zum Ziel gesetzt hat und zur Niederhaltung des Proletariats den Militarismus neu belebt und

härkt, wie es die bisherige Koalitionsregierung getan hat... Der Eintritt der U.S.P.D. in eine solche Regierung würde die Unterjochung der konterrevolutionären Politik bedeuten.“

Gleichzeitig erklärte die Unabhängige Sozialdemokratie ihre Bereitwilligkeit, zur Bildung einer rein sozialistischen Regierung Stellung zu nehmen. Als Mindestprogramm für eine solche Regierung kämen folgende Forderungen in Betracht: Entwaffnung und Auflösung aller konterrevolutionären Organisationen, Bildung bewaffneter Organisationen aus den Reihen der organisierten Arbeiterschaft, Aufhebung des Ausnahmezustandes, politische Amnestie, Durchführung der Sozialisierung, Sicherung der Lebensmittellieferung, Ausbau der Sozialgesetzgebung und freundschaftliche Beziehungen zu allen Völkern.

Die Unabhängige Sozialdemokratie gewann durch ihre feste, grundsätzliche und revolutionäre Taktik mehr und mehr das Vertrauen des Proletariats. Sie wurde zur wahren Repräsentantin des Proletariats. Sie gewann wichtige Positionen auch in den Gewerkschaften und konnte damit beginnen, die bisher rechtssozialistisch beherrschten Gewerkschaften in zuverlässige Organisationen für den revolutionären Klassenkampf umzuwandeln. Die Unabhängige Sozialdemokratie war zu einem politischen Machtfaktor ersten Ranges geworden und schied sich an, in die politischen Ereignisse bestimmend einzugreifen: hoffnungsfreudig und zukunftsicher den entscheidenden Kämpfen um die Macht entgegengehend.

Da setzte das bolschewistische Wüten mit aller Macht gegen die Unabhängige Sozialdemokratie und gegen die Gewerkschaften ein. Anstatt die ganze proletarische Macht gegen die Bourgeoisie zu werfen, entfachten die Bolschewisten auch in Deutschland einen beispiellosen Bruderkampf von Arbeitern gegen Arbeiter mit den niedrigsten, gemeinsten und rohesten Mitteln, der in dem sinnlosen bolschewistischen Märzputsch 1921 seinen Tiefpunkt erreichte. Anstatt die Gewerkschaften in revolutionäre Kampforganisationen umzuwandeln, mußten jetzt Unabhängige Sozialdemokraten und Rechtssozialisten gemeinsam die Gewerkschaften vor ihrer Zertrümmerung bewahren.

Dadurch wurde die Aktionskraft des Klassenbewußten Proletariats in der Zeit gebrochen, wo es nach dem Bankrott der rechtssozialistischen Koalitionspolitik und der Unfähigkeit der bürgerlichen Regierungen, mit den Kriegsfolgen fertig zu werden, die höchste Aktivität hätte entfalten müssen.

Anstatt um die Macht im Staat zu kämpfen, mußte die Unabhängige Sozialdemokratie, wie nach 1914, von neuem mit der mühevoll langwierigen Arbeit der Klärung und der Sammlung der Massen um die Fahne des revolutionären Sozialismus beginnen. Rational und international. Erfreulicherweise mit wachsendem Erfolg und mit den besten Aussichten.

(Ein zweiter Artikel folgt in der Abend-Ausgabe.)

Noch keine Stellungnahme der bürgerlichen Parteien

Der Reichstagsauschuss für auswärtige Angelegenheiten trat heute abend zu einer Sitzung zusammen, die ebenso wie die vorherigen einen rein informativen Charakter trug. Zu diesem Zweck hatten außer den Mitgliedern des Ausschusses auch alle anderen Abgeordneten Zutritt, für die aber ebenfalls das Schweigegebot galt. Neben dem Reichkanzler und dem Außenminister Dr. Simons nahmen fast sämtliche Mitglieder des Kabinetts an der Sitzung teil. Die erörternden vertraulichen Ausführungen zu dem Ultimatum der Entente, namentlich des deutschen Botschafters in Paris, Dr. Rapet, und des Staatssekretärs Bergmann, deckten sich im allgemeinen mit den Ausführungen, die diese Herren schon am Nachmittag in der Sitzung des interfraktionellen Ausschusses der Regierungsparteien im Reichsjustizministerium gemacht hatten.

Zu Beschlüssen irgendwelcher Art kam es nicht. In den späten Abendstunden tagten anherdem fast alle Fraktionen, jedoch ist es zu einer positiven Stellungnahme für oder gegen den Vertrag bei den bürgerlichen Parteien bisher noch nicht gekommen.

Genossen und Genossinnen!

Wir schließen uns den an der Spitze des Blattes veröffentlichten Erklärungen des Zentralkomitees und der Reichstagsfraktion vollinhaltlich an und bitten, für ihre weiteste Verbreitung Sorge zu tragen. Eine

Funktionärskonferenz am Donnerstag

wird unsere Stellungnahme klären.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg der USPD.

Der englische Bergarbeiterstreik

Der große Kampf der englischen Bergarbeiter dauert jetzt mehr als fünf Wochen. Die Bemühungen der Unterhausfraktion der Arbeiterpartei um die Beendigung des Streiks, von denen wir vor einigen Tagen berichteten, scheinen noch keinen Erfolg gehabt zu haben, aber sie werden nach einer jüngeren Meldung aus London fortgesetzt. Auch bürgerliche Parlamentsmitglieder wollen zur Beendigung des Streiks beitragen. Sie schlagen vor, man möge einen Gerichtshof einsehen, in dem Vertreter der öffentlichen Meinung entscheidenden Einfluß und eine bekannte Persönlichkeit von anerkannter Unparteilichkeit den Vorsitz haben soll. Als ein solcher Vorsitzender wird Lord Milner genannt.

Die Entscheidung, vor der die Bergarbeiter mit solchen Anregungen wieder gestellt werden, ist nicht leicht. Alle bisherigen Verhandlungsversuche haben ergeben, daß gerade die Vertreter der öffentlichen Meinung die Forderungen der Bergarbeiter stets abgelehnt haben und auf die Seite der Bergwerksvertreter getreten sind. Die Scheu der Bergarbeiter vor neuen Verhandlungen ist daher wohl zu verstehen. Aber der Streik zieht sich ergebnislos hin. Wenn nicht alles täuscht, ist die Bewegung in Gefahr, auf ein völlig totes Geleis zu geraten. Das würde zur Folge haben, daß die Bergarbeiterschaft sich abkämpft, ohne zu einem einigermaßen vernünftigen Ergebnis zu kommen. Und das würde geschehen in einer Situation, die die englische Arbeiterklasse jeden Augenblick vor die Notwendigkeit neuer großer Kämpfe stellen kann, bei der die Bergarbeiter wiederum eine entscheidende Rolle zu spielen hätten. Ueber die Stellung der Bergarbeiter zu diesen Fragen wird nichts mitgeteilt, nur eine Meldung will wissen, daß die Führer der Bergarbeiter ihre Bereitwilligkeit zu Verhandlungen von neuem händelten hätten. Immerhin hat es den Anschein, als stehe die Bewegung vor einer neuen entscheidenden Wendung.

Die Unruhen in Oberschlesien

Keine deutsche Waffenhilfe

Die deutsche Regierung hatte den Alliierten angeboten, den Aufstand in Oberschlesien durch militärische Hilfe aus Deutschland niederzuwerfen zu helfen. Darauf hat die französische Regierung geantwortet, daß davon keine Rede sein könne. Die deutschen Meldungen hätten die behauerlichen Vorgänge in tendenziöser Weise dargestellt. Der Grund der Unruhen sei in den aus deutscher Quelle veröffentlichten Nachrichten zu sehen, wonach der größte Teil des Industriegebietes Deutschland zufallen würde. Die interalliierte Kommission habe die energischsten Maßnahmen zur schnellen Wiederherstellung der Ordnung und Sicherheit der Einwohner aller Nationalitäten getroffen, eine wesentliche Besserung der Lage sei jetzt schon festzustellen.

Die deutsche Regierung protestiert jetzt gegen die in der französischen Note enthaltene Behauptung, daß die Veröffentlichungen der deutschen Presse über die voraussetzliche Zuteilung des ober-schlesischen Industriegebietes an Deutschland, den Aufruhr der Polen in Oberschlesien entfesselt hätten. Diese sei zuerst von der „Oberschlesischen Grenzzeitung“ des Herrn Korsantzy veröffentlicht worden und dann erst in deutsche Blätter übergegangen. Was die deutsche Regierung über die Ursache des Aufstandes mitteilt, habe, deckt sich mit der Auffassung, die auch von unbeteiligten interalliierten Kreisen geteilt worden sei. Auch der Behauptung müsse entgegengetreten werden, daß die inter-alliierten Truppen in ihrer Gesamtheit ihre Pflicht getan hätten. Es sei rückhaltlos anzuerkennen, daß die Italiener sich gut geschlagen hätten; eine merkwürdige Haltung hätten dagegen die französischen Truppen eingenommen.

Der Botschafterrat über Oberschlesien

Eine Aufforderung an die polnische Regierung

Paris, 9. Mai. Havas.

Der Botschafterrat setzte im Laufe des Vormittags die Prüfung der Maßnahmen fort, die dazu geeignet sind, die Ordnung in Oberschlesien wiederherzustellen und die Gemüter zu beruhigen. Er beschloß, die Bevölkerung über den tatsächlichen Stand der Grenzregelungsfrage zu unterrichten. Diefelbe unterliegt noch der Prüfung. Keinerlei Entscheidung ist bisher gefallen. Der Botschafterrat beschloß andererseits, einen Schritt bei der polnischen Regierung zu unternehmen, um sie auszufordern, mit an der Wiederherstellung des Friedens zu arbeiten und sich nach Kräften zu bemühen, die polnische Bevölkerung in Oberschlesien zu beruhigen. Der Botschafterrat hielt es für seine Ehrenpflicht, seine volle Anerkennung auszusprechen über die Kaltblütigkeit und den Opfermut, welche die verbündeten Truppen bei den ober-schlesischen Unruhen bewiesen haben. Wallace, der Botschafter der Vereinigten Staaten, der der Sitzung beizuwohnte, teilte dem Botschafterrat mit, daß seine Regierung ihn aufgefordert habe, seinen Maß unter seinen Kollegen als halbamtlicher Vertreter der Vereinigten Staaten wieder einzunehmen. Jules Cambon sprach im Namen der Botschafter der Verbandsregierungen Wallace die Befriedigung aus, welche der Botschafterrat über seine erneute Teilnahme an seinen Arbeiten empfindet.

Aufruf der Interalliierten Kommission

Oppeln, 9. Mai.

Die Interalliierte Regierungs- und Plebiszitarkommission erläßt folgenden Aufruf an die ober-schlesische Bevölkerung: „Die alliierten Mächte stimmen in der Beurteilung der in Oberschlesien vorgekommenen Unruhen vollständig überein. Die

von den alliierten Mächten zu treffenden Entscheidungen werden durch die Ereignisse in Oberschlesien in keiner Weise beeinflusst. Die alliierten Mächte werden zu gegebener Zeit zur Lösung der ober-schlesischen Frage schreiten und sich hierbei ausschließlich von dem Ergebnis der Abstimmung und den Festsetzungen des Friedensvertrages leiten lassen!“

Der Vertreter Frankreichs: Präsident Le Rond.

Der Vertreter Italiens: General de Martinis.

Der Vertreter Großbritanniens: Percival.

Eine deutsche Note an Polen

Der deutsche Geschäftsträger in Warschau hat dem polnischen Außenministerium eine Note übergeben, in der gegen die Solidaritätserklärung der Polizeibeamten in Warschau mit den Aufständischen, scharfer Protest eingelegt wird. Weiter wird protestiert gegen das Abwerfen von aufstrebenden Proklamationen aus Flugzeugen, die anscheinend von polnischen Offizieren gesteuert wurden, endlich gegen das Verhalten der Warschauer Polizei, die anlässlich des Napoleonfestes es unterlassen hat, eine Ausschmückung, die eine schwere Beleidigung Deutschlands darstellte, zu entfernen.

Blutiger Zwischenfall in Oppeln

Oppeln, 9. Mai.

Heute vormittag kam es in Oppeln zu einem bedauerlichen Vorfall. Ein von der Abstimmungspolizei festgenommener Pole wurde auf dem Transport von der erregten Menge vor dem Bahnhof, in der Nähe von Horns Hotel, erlannt und tödlich angegriffen. Als er eine französische Patrouille um Hilfe anrief und sich als Pole zu erkennen gab, machten die Franzosen ohne weiteres von ihren Schusswaffen Gebrauch und fegten in die Menge. Ein einarmiger Kriegsinvalide wurde getötet und drei Personen schwer verwundet. In der Stadt entstand wegen dieses Vorfalles neue Erregung.

Heute nachmittag erließen daraufhin die Vertreter der deutschen politischen Parteien in Oppeln folgende Bekanntmachung: „Der bedauerliche Übergriff französischer Soldaten heute mittag vor Horns Hotel, hat die politische Leitung der deutschen Bevölkerung veranlaßt, bei dem kommandierenden General von Oppeln sofort die Forderung zu erheben, daß den französischen Soldaten das Schießen verboten wird, solange sie nicht mit der Waffe in der Hand angegriffen werden. Die französischen Soldaten dürfen also jetzt nur schießen, wenn sie angegriffen werden. Die Bevölkerung Oppelns wird aufgefordert, die französischen Soldaten unbelästigt zu lassen, damit nicht wieder in den Straßen Oppelns deutsches Blut fließt. Ordner mit weißen Armbinden werden die deutsche Apo in der Aufrechterhaltung der Straßenordnung unterstützen; deren Anordnungen ist im allgemeinen Interesse Folge zu leisten.“

Teilweise Wiederaufnahme der Arbeit

Wie die „Telegraphen-Union“ erfährt, haben die Arbeiter auf den Gruben die Arbeit teilweise wieder aufgenommen, und zwar arbeiten auf der Gleiwitzgrube 32 Prozent, Konfordsgrube 49 Prozent, Donnersmarthüttengrube 20 Prozent, Ludwigslustgrube 20 Prozent, Gräfin Lauragrupe 70 Prozent, Georggrube 20 Prozent, Hannigrube 40 Prozent, Sosniger Grube 20 Prozent, Giesche Grube 20 Prozent, Myslowitzer Grube 50 Prozent, Lautahüttengrube 55 Prozent, Ritterschaft 50 Prozent. Bei der Berginspektion I in Königshütte arbeiten im Ostfeld 60 Prozent, Westfeld 20 Prozent, Südfeld 20 Prozent, bei der Berginspektion II in Nordfeld bis 20 Prozent und bei der Berginspektion III 84 und 45 Prozent. Auf der Donnersmarthütte, Königshütte, Hülschiner Werke, Gleiwitz und Bismarhütte sind die Arbeiter ebenfalls zum größten Teil wieder aufgenommen worden. Die Lautahütte konnte den Betrieb infolge Kohlenmangels nicht wieder aufnehmen. Ueber eine eventuelle Wiederaufnahme der Arbeit in den Kreisen Pleß, Rabnitz und Myslowitz ist nichts bekannt. Die Kohlenarbeiter auf den Gruben wurden während des Streiks verrichtet.

Preussischer Landtag

19. Sitzung, Montag, den 9. Mai 1921

Auf der Tagesordnung steht als erster Punkt der Antrag Dr. Borch (Ztr.) über die Erhöhungen der Dienstauswärtenszuschüsse der Generalsuperintendenten usw. und die Erhöhung der Besoldung für katholische Geistliche. — Ein Antrag Koch (Dnail.) will auch die Bezüge der nebenamtlich angestellten Konsistorialräte erhöhen.

Abg. König-Swinemünde (Soz.): Wir haben bereits in der ersten Beratung die Gründe dargelegt, aus denen wir die Bewilligung ablehnen. Vor allem wird durch die bestehenden Zuwendungen die Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche immer mehr verzögert.

Abg. Leid (U. Soz.): Wir lehnen Geldzuschüsse des Staates an Religionsgesellschaften grundsätzlich ab.

Abg. Schulz-Neukölln (Komm.): Wir bewilligen keinen Pfennig für die Bischöfe und die anderen Haulenzer. (Großer Lärm im Zentrum und rechts. — Präsident Reinert ruft den Redner zur Ordnung.)

Die beantragte namensliche Abstimmung wird am Dienstag vorgenommen werden. Damit schließt die Aussprache.

Es folgt die Beratung der Anträge Conradt (Dnail.) über die Wohnungsnot.

Abg. Meyer-Solingen (Soz.): Die Linderung der Wohnungsnot kann nur durch den Neubau von Wohnungen erfolgen, wozu aber staatliche Zuschüsse unbedingt notwendig sind. Trotzdem Zuschüsse gewährt werden und Baustoffe seit einem Jahre genügend vorhanden sind, wird wenig gebaut und herrscht im Baugewerbe Arbeitslosigkeit. Die Zuschüsse decken eben nur noch einen geringen Teil der Baukosten. Deshalb muß das ganze Zuschußsystem auf eine andere Grundlage gestellt werden. Auch wir sind für ein Reichsmietengesetz, fordern aber für dieses Gesetz die Aufrechterhaltung der Bestimmungen zum Schutze der Mieter. Wir treten ein für die

Bergeigentumschaft des Wohnungswesens

die nicht unbedingt eine Verstaatlichung oder Kommunalisierung zu sein braucht.

Abg. Conradt (Dnail.): Die Höchstmietensverordnung ist schon an der elenden Lage des Hausbesitzes. Auch wir wenden uns gegen die Ausbeutung der Mieter. Können aber andererseits auch nicht zusehen, daß der Hausbesitz zugrunde geht. Eine Sozialisierung oder Kommunalisierung des Hausbesitzes lehnen wir ab. Wir fordern schnellstens Aushebung der Höchstmietensverordnung und ihren Ersatz durch das Reichsmietengesetz, das den Ordnung und ihren Ersatz durch das Reichsmietengesetz, das den Vermietern zu den heutigen Verhältnissen angemessenen Mieten verbessern muß.

Staatskommissar für das Wohnungswesen von Scheidt: Die Schwierigkeiten der Wohnungsnot finden sich nicht nur bei uns, sondern in allen Ländern, sogar in den vom Krieg nicht berührten. Die Gründe sind überall die gleichen: Mangel an Baustoffen und finanzielle Schwierigkeiten. Der Abgeordnete Meyer-Solingen hat mit Recht betont, daß augenblicklich eigentlich Überwinden. Doch ist zu bedenken, daß augenblicklich eigentlich kein Baustoffmangel vorhanden ist, weil die Bauindustrie darnieder liegt. Rame sie in Schwung, dann wäre Industrie darnieder liegt. Rame sie in Schwung, dann wäre Industrie fort der alte Baustoffmangel wieder da. Die größte Schwierigkeit liegt auf finanziellem Gebiet. Wir haben sie durch Reichs- und Staatszuschüsse und durch Niederhaltung der Mieten zu heiligen versucht. Die Aufhebung der Zwangsmietensätze für

das Wohnungswesen würde uns nur phantastische Mieten bringen und Neubauten würden nur in begrenzter Zahl entstehen. Die freie Wirtschaft im Wohnungswesen würde uns nicht, wie der Abg. Conradt glaubt, die ersuchte Rettung bringen. Mit den gegenwärtigen Mitteln, zu denen Preußen 550 Millionen beisteuert, können 20-25 000 Wohnungen finanziert werden. Der Bedarf an neuen Wohnungen beträgt pro Jahr dagegen circa 200 000 Wohnungen. Wir können also nur einen Bruchteil des Wohnungszuwachses finanzieren. Allen Wünschen und Forderungen steht der Mangel an Geld entgegen. Die Wohnungsnot kann nicht ohne die Stiefelstiefel auf dem Lande behoben werden. Wir dürfen deshalb nicht in den Städten drauf los bauen.

Abg. Kay (Komm.): Das Wohnungsproblem kann mit dem jetzigen System nicht gelöst werden. Es handelt sich um ein internationales Problem. Die Wohnungsnot war immer schon da, im Ruhrgebiet war sie schon vor dem Krieg sichtbar. Wir wollen eine Wirtschaft der Bedarfsdeckung. Diese ermöglicht nur der Sozialismus, der mit Hilfe der Diktatur des Proletariats die Wohnungsfrage spielend lösen wird. (Gelächter rechts.)

Abg. Freund (U. S. P. D.):

Das Reichsmietengesetz darf nicht aufgehoben werden. Der deutsch-nationale Antrag will nur den Vermietern Schutz gewähren. Die Mieter interessieren die Deutsch-nationalen nicht. Die Rede des Regierungsvorstellers war eine Verbeugung nach rechts. In der Sozialisierungskommission hat ein Herr, der jetzt preussischer Minister ist, bestritten, daß es überhaupt eine Wohnungsnot gäbe. Weiter hat derselbe Herr den Wohnungslosen den Rat gegeben, sie sollten nach Art der amerikanischen Farmer in die Pflanzburger Heide ziehen und sich dort in Häuschen zusammensammeln. (Lärm b. d. U. Soz.: Das ist unerhörte!) Nur das Wort „Bauen um jeden Preis“ kann uns von der Wohnungsnot befreien. Doh

zu gleicher Zeit Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit

herrschen, beweist den Widersinn der kapitalistischen Wirtschaft. Wenn trotz des Vorhandenseins der Baustoffe nicht gebaut wird, so deswegen, weil beim Bauen keine Riesengewinne mehr zu erzielen sind. Beim Wohnungsbau könnten Tausende von Arbeitslosen produktiv beschäftigt werden. Die bisherigen Wohnungszuschüsse sind zu gering, als daß sie wirken könnten. An die Stelle der kapitalistischen Privatwirtschaft muß die Gemeinwirtschaft treten.

Abg. Dr. Berndt (Dem.) tritt für einen gerechten Ausgleich zwischen den Interessen der Hausbesitzer und der Mieter ein. Wir lehnen die Sozialisierung des Wohnungswesens ab, gleichzeitig aber auch die sofortige Freigabe. Letztere muß aber als Ziel immer im Auge behalten werden. Die innere Kolonisation muß energisch gefördert werden. Die privaten Bauunternehmer arbeiten billiger als die Baugenossenschaften. (Widerspruch bei den Soz.)

Abg. Labendorf (D. Sp.): Vom grünen Tisch ist keine Lösung zu erwarten. Im vorigen Jahre sind an Teuerungszuschüssen etwa 3 Milliarden Mark vorausgesehen worden. Was wurde damit erreicht? Man hat die Wohnungsnot damit in keiner Weise beseitigt. In Berlin hat man für die Herstellung von 66 Wohnungen 8 Millionen Mark vorausgesehen. (Hört, hört!) Das ist also ungefähr eine Mietskammer, die für 8 Millionen Mark gebaut wurde. Die Privatbaubranche hätte die doppelte Zahl Wohnungen für das gleiche Geld hergestellt. So wird mit dem Gelde der Bürger gewirtschaftet. (Lärm b. d. Komm.: Was

zählt die Steuern?) Wie ist es möglich, daß in Berlin Tausende von Menschen, die von auswärts kommen, binnen 24 Stunden sich eine Wohnung verschaffen können, während andere ein ganzes Jahr lang vergebens suchen, obwohl sie bei den Wohnungsämtern vorgemerkt sind.

Staatskommissar Scheidt: Es sind 3 Milliarden an Zuschüssen gegeben worden und an Wohnungen wurden seit 1919 75 000 in Preußen hergestellt. Unrichtig ist es, wenn der Abg. Labendorf erklärt, die staatlichen Mittel vermehren nur die Organisationen und schaffen keine Wohnungen. Die öffentlichen Mittel werden restlos für den Wohnungsbau verbraucht. Das Wohlfahrtsministerium ist dafür, daß die Ausländer nicht nur von Berlin, sondern auch von Deutschland so viel wie möglich ferngehalten sind.

Geheimrat Kögler: Damit die Gemeinden die erhöhten Ausgaben decken können, müssen sie auf die Grundsteuer zurückgreifen. Diese soll aber abgemäßt werden. Leider ist es unvermeidlich, daß eine gleichmäßige Verteilung bei der Erhöhung der Grundsteuer auf die Mieter erfolgt.

Abg. Deereberg (Dnail.): Wir gehen im Wohnungswesen einer Katastrophe entgegen. Es handelt sich bei den Vermietern und Hausbesitzern nicht um Kapitalisten, sondern um den gesunden Mittelstand, der sich durch Fleiß und Arbeit ein kleines Kapital erworben, das jetzt bedroht ist.

Abg. Conradt (Dnail.) fordert nochmals Abhilfe der dringenden Not des Hausbesitzes im Sinne der deutsch-nationalen Anträge. Geheimrat Kögler tritt einigen Behauptungen des Abg. Deereberg entgegen.

Die Anträge gehen an den Wohnungs- und Siedlungsausschuß. Es folgt die Beratung des Antrags Dr. von Krause (D. Sp.), noch vor der Feststellung des provisorischen neuen Ortsklassenverzeichnis im Reichsrat dem Landtag Kenntnis zu geben, nach welchen Gesichtspunkten die von dem preussischen Staatsministerium für die preussischen Orte erfolgenden Vorschläge gemacht sind. — Zugleich damit wird ein Zentrumsantrag beraten, bei der endgültigen Festlegung des Ortsklassenverzeichnis die besonderen Teuerungserhältnisse der kleineren Orte zu berücksichtigen, die Zahl der Ortsklassen auf 3 zu vermindern und das endgültige Gesetz pünktlich am 1. Oktober 1921 in Kraft treten zu lassen. — Nach kurzer Aussprache gehen die Anträge an den Ausschuß für das Beamtenwesen.

Das Haus vertagt sich auf Dienstag 1 Uhr: Namensliche Abstimmung über Erhöhung der Besoldung der Geistlichen, Oberschlesien, kleine Vorlagen.

Arbeiter, geht aufs Land!

In unserer Auseinandersetzung, die wir jüngst mit Herrn Dr. Striemer hatten, spielte die Frage der Verlegung von großindustriellen städtischen Arbeitern aufs Land eine Rolle. Dieses Problem wird jetzt in der Berliner Wochenbeilage zur Metallarbeiterzeitung in einem ausführlichen Artikel besprochen. Der Aufsatz stammt aus der Feder eines Genossen, der über die Zustände besonders in der Metallindustrie genau informiert ist, der aber infolge seiner Stellung und Tätigkeit auch eine reiche praktische Kenntnis von den Zuständen in den übrigen Produktionszweigen besitzt. Er legt durchaus richtig dar, daß die Metallarbeiterschaft unter einer besonders starken Arbeitslosigkeit leidet, weil durch die Umstellung der Industrie auf die Kriegsproduktion unendliche Arbeitermassen aus anderen Produktionszweigen in die Metallindustrie abgewandert sind. Selbst die Rückkehr zu einer geordneten Friedenswirtschaft würde sie nicht alle in der Metallindustrie beschäftigen können. Auch er empfiehlt daher seinen jüngeren Kollegen, sich mit dem Gedanken der Abwanderung aufs Land zu beschäftigen, die für viele dieser neuen Metallarbeiter nur eine Rückwanderung bedeuten würde, da sie zum nicht geringen Teil aus der Landwirtschaft gekommen sind.

Aber er sieht auch die Schwierigkeiten, die sich einer solchen Ordnung der Dinge entgegenstellen. Und er sieht sie — das unterscheidet ihn von Herrn Dr. Striemer — nicht bei den Arbeitern. Er schreibt darüber folgendes:

Eigenartigerweise zeigte sich, daß die vielen zehntausende erst vor kurzem aus der Landwirtschaft in die Industrie überfiedelten Arbeiter durch die besonderen Verhältnisse in der Landwirtschaft keine Aufnahme finden, weil die agrarischen Kreise, vor allem Dingen die konservativen Landwirtschaftskammern, den ebenso reaktionären Geheimratskörper des Landwirtschaftsministeriums durch ihre Einwirkung zwingen, Verträge mit deutschen Grenzstaaten abzuschließen, um zehntausende von außerstaatlichen Landwirtschaftsarbeitern der deutschen Landwirtschaft dienlich zu machen.

Nährend auf der einen Seite die deutsche Industrie und das deutsche Volk nicht weiß, wie für die riesige Anzahl arbeitsloser Arbeitskräfte geschaffen werden soll, werden durch einen vor kurzem getätigten Vertrag mit der Tschechoslowakei zehntausende tschechoslowakische Landarbeiter nach Deutschland herangezogen, um die notwendigen Arbeiten zu verrichten. Die Ursache, weshalb die deutschen Krutbarone auf diese Art und Weise dem Elend des deutschen Volkes begegnen wollen, ergibt sich aus der Tatsache, daß die Junker seit jeher gewohnt waren, die polnischen, galizischen und ruthenischen Wanderarbeiter, die hauptsächlich die Arbeit in der Landwirtschaft vor der Kriegszeit bewältigten, in den menschenunwürdigen Höhlen und Böhren unterzubringen, wo von Ungelesener geplagt und zerfleischt, gepöbeln von der Willkür brutaler Vorgesetzter die wehr- und schutzlosen Ausländer vegetierten.“

Der Artikel richtet infolgedessen die Forderungen, deren Erfüllung die Voraussetzung für eine Ueberfiedlung großstädtischer Arbeiter aufs Land wäre, an die Agrarier, indem er schreibt: „Damit nun auch hier die Möglichkeit geschaffen wird, einen Teil von landwirtschaftlichen Arbeitskräften, der unabweislich bei der heutigen arbeitslosen Industriearbeiterschaft vorhanden ist, seinem eigentlichen Beruf wiederzuzuführen, ist es notwendig, geeignete und menschenwürdige Wohngelegenheiten zu schaffen. Die in den verkehrsreichen Gegenden des Reichs vorhandenen Schmitterkaserne, jene Stellen, in denen das menschliche Arbeitsvieh früher untergebracht war, lassen sich mit Hilfe der Baufonds des Reichs, sowie unter weitgehender Heranziehung der Mithergemeine der agrarischen Produzenten zu menschenwürdigen Wohnräumen für die Landarbeiter umgestalten.“

Dieser Forderung siehe sich noch manche andere hinzufügen. — Zum Schluß macht der Artikel positive Vorschläge für das Zusammenarbeiten der berufenen Körperschaften der Arbeiterorganisationen und der Ministerien, damit ein solches Ziel erreicht werde. Moran Herr Dr. Striemer sehen mag, wie die Arbeiterführer, die wissen, worauf es ankommt und wo der Fehler liegt, ein solches Problem behandeln. Woraus er vielleicht auch lernt, warum ausländische Arbeitskräfte für die Landwirtschaft geworden sind.

Militärische Spielereien

Dresden, 9. Mai.

(Drahtmeldung unseres Korrespondenten.) Am 10. und 11. Mai soll in der Gegend von Schirgaswalde bei Bautzen eine Übung der Garnison Bautzen, Löbau sowie kleinerer Formationen stattfinden. Die Truppen werden in der Nacht zum 10. und 11. Mai in der Umgegend Quartier nehmen und am 11. Mai wieder abziehen. Welchem Zwecke dienen diese Spielereien?

Ein Pfingstgeschenk bietet das Haus für Volkskleidung: Kohnen & Jöring

durch folgende billige Preise:

Mod. Herren-Anzüge 350 ⁰⁰ 490 ⁰⁰ 575 ⁰⁰	Sport-Anzüge 325 ⁰⁰ 490 ⁰⁰ 650 ⁰⁰	Mod. Herrenhosen 78 ⁰⁰ 125 ⁰⁰ 190 ⁰⁰	Sommer-Joppen 58 ⁰⁰ 78 ⁰⁰ 95 ⁰⁰
Jünger- u. Knab.-Anzüge 98 ⁰⁰ 147 ⁰⁰ 290 ⁰⁰	Sport-Joppen 55 ⁰⁰ 110 ⁰⁰ 190 ⁰⁰ 275 ⁰⁰	Krausen-, Borsehosen 39 ⁰⁰ 78 ⁰⁰ 95 ⁰⁰	Gummi-Pelerinen besonders billig 60 ⁰⁰
Gummi-Mäntel neueste Form 290 ⁰⁰ 350 ⁰⁰ 475 ⁰⁰	Sport-Hosen 120 ⁰⁰ 175 ⁰⁰ 225 ⁰⁰	Knie- u. Leibchenhosen 24 ⁰⁰ 29 ⁰⁰ 33 ⁵⁰	Sportstutzen / Leder- und Wicbelgamaschen
Mod. Schlupfpaletots 490 ⁰⁰ 575 ⁰⁰ 675 ⁰⁰	Manchester-Lod.- u. Phantasiestoff	Halbare Arbeitshosen 49 ⁰⁰ 58 ⁰⁰ 78 ⁰⁰	Bootsäcke / Wollene Sweater / Jerseys

Theater und Vergnügungen

Volkstheater
7 1/2 Uhr: Käthechen von Heilbronn
Neues Volkstheater
Königsplatz 58
7 Uhr: Rofe Bernd

Staatstheater
Opernhaus
6 1/2 Uhr: Joseph-Regende
7 1/2 Uhr: Die Sterne

Deutsches Theater
7 1/2 Uhr: Die Sterne

Kammertheater
8 Uhr: Die Sterne

Großes Schauspielhaus
7 1/2 Uhr: Die Sterne

Königsgräber Str.
7 1/2 Uhr: Erdgeist

Komödienhaus
Abends 7.30 Uhr:
Die Sache mit Lola

Berliner Theater
DAS
Milliarden
SOUPER

7.30 Uhr: Die Sterne

Kleines Theater
7 1/2 Uhr: Nur ein Traum

Residenz-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Das Privileg

Trionon-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Rosen

Thalia-Theater
7 1/2 Uhr: Mascottchen

Komische Oper
Täglich 7 1/2 Uhr:
Mit-Heidelberg

Walhalla-Theater
7 1/2 Uhr:
Die Scheidungsreise

Theater am Kollendorfsplatz
7 1/2 Uhr:
Der Vetter aus Dingsda

Leffing-Theater
7 1/2 Uhr: Ein idealer Gatte
Mittwoch 7 1/2 Uhr: Die Sterne
Donnerstag 7 1/2 Uhr: Ein idealer Gatte
Freitag 7 1/2 Uhr: Peer Gynt
Samstag 7 1/2 Uhr: Die Sterne

Deutsches Theater
7 1/2 Uhr: Die Sterne

Rose-Theater
7 1/2 Uhr: Die Sterne

Nur nicht drängeln
1/2, 1/2, 1/2
am Oranienburger Tor
am Gendarmenmarkt
mit Herz, Glück und

Casino-Theater
7 1/2, 8
Bollrich & Sohn
Stg. 1/2, 1/2, 1/2

Apollotheater
7 1/2
Friedrichstraße 218
Naturalistische
Neuzeit
im Reiche der Venus
und weitere 10 Sensationen.

Residenz-Kasino
Blumenstraße 10
Täglich:
Großer
Witwenball

Elite-Sänger
Neues Programm!
Sonntag 11-1/2, 1/2, 1/2

12 Mai Attraktionen

Zirkus Busch
7 1/2, 8, 9, 10, 11, 12
Circus-Correspondenz u. 1/2, 1/2

Schneemann
als Gast
in
„Krone
und Fessel“

LUNAPARK

Dienstag, 10. Mai

1. Volkstag

Eintritt 2 M.
Kinder 1 „

Feuerwerk

47 neueste Attraktionen

Geor. Wichmann auf dem Turmsail
Serpentinenbahn
Teufelsrad
Schleudermaschine
Liebesgrotte
Juxtreppe
Ri-Ra-Rutsch
Ball-Duell
Jazz-Maschine

Weinterrasse

5-Uhr-Tanztee
Max de Groot
Jazz-Band
Bayrisches Dorf
Großes Ju-Hu
4 Uhr Konzert

Schokolade billiger!!

Milch-, Cremee-, Schmelz-, Schokolade, Pastillen
bekannteste Marken
G. Wechselmann, Berlin W 9
Linkstraße 20
Telefon: Kollender 679

Erich Fuhrmann

Spezialgeschäft für Trauringe
Gotzkowsky-Str. 12

Ich liefere in Qualität und Preis einzig dastehend feinstes

Trauringe

Dunkel-Trauringe 900 M.
gest. 150 M.
Trauringe 585 gestemp. 95 M.
Trauringe 333 gestemp. 50 M.
Garantie für jeden Goldschmied.
Nur vergleichbare Gewicht und Preis mit den Preisen der Konkurrenz.

Allen Brautleuten Preisliste kostenlos

Alle Metalle Preiserhöhung!

Alle Metalle Preiserhöhung!

Gold- u. Silberbruch
insolge Selbstverwertung zu denkbar günstigen Preisen.
Telefon: Amt Moabit Nr. 9354

Zahngebisse! Zahn bis 100.-
Platinabfülle!
Gold- u. Silberbruch! gold- u. Silbergebisse!
Dauerfülle!
Gold- u. Silber!
Kunst- u. Zahnarbeiten!

Edelmetall-Gintanfärbung, Webersstraße 31

Verein Berliner Buchdrucker u. Schriftsetzer

Freitag, den 13. Mai, abends 5 1/2 Uhr
General-Versammlung
im großen Saale der Buchdruckerei, Döberitzstr. 2-3.

Tagesordnung:
1. Bericht über die Tätigkeitsjahre des Vereins und der Kassen der Gewerkschaften bei Arbeitslosigkeit.
2. Bericht über die Tätigkeitsjahre des Vereins und der Kassen der Gewerkschaften bei Arbeitslosigkeit.
3. Bericht über die Tätigkeitsjahre des Vereins und der Kassen der Gewerkschaften bei Arbeitslosigkeit.

Zu dieser Versammlung sind außer den Generalversammlungsmitgliedern, die Gewerkschaften und Druckereibesitzer eingeladen. — Ohne Registrierung kein Eintritt.
Der Gewerkschaften.

10 Mark

einzelne Möbel je 10 Mark

Gardinen / Bettwäsche

Karlhel Zanderstr. 54

KOGNAK

erhältlich Verschnitt M. 38.00
Reiner Weinbrand 42.00
Abwechslung aus feinsten
Wein, jedergr. M. 48.00
Misch. jedergr. M. 50.00
Feinstes Misch. M. 24.00
Feinstes Misch. M. 24.00
Misch. M. 11.00
Wein mit Feinstem, Weine ohne
Struktur. Sämtliche andere
Spirituosen, Wein, ohne
Zigaretten, Tabak, billiger
wie überall.

Schlaraffia

Zanderstr. 60 / Mühlstr. 2,
Votobamer Straße 20b.

Kupfer

Messing, Zinn, Quacksilber,
Platin, Gold, Silber

Händlern Extrapreise!

Brunnenstr. 11
Beusselstraße 29
Fennstraße 48

Kupfer, Messing

Stiel, Zink usw.
Eisen, jeden Posten.
Metallhandl. Bankstr. 43
Nähe Badstraße.

Zigaretten Großhandlung

St. Markens 1, Wilmersdorfer
Böden, Wilmersdorfer 2, 1 St.

Gold-, Silber-, Platin-

Sachen, Gebisse, Zähne, Münzen, Quacksilber
kaufen zum besten Preise

Wir schlagen jeden Rekord!

Ratzlaff & Zimmer

Wilmersdorfer 93

Wanderkarten

für alle Gegenden erhält man in der
Buchhandl. „Freiheit“, Breite Str. 8-9

Mandolinen

Gitarren, Teichhaken,
Schmidt, Petersburger Str. 251
Schiffelunges 150,- bis
600,- Metallbetten 250,- bis
2000,- weiche Schlafmatten,
Weider, Auguststr. 22a, Dönh.

Trauringe

Dufaten-Gold,
1000 gestempelt,
1000 für 75 M.!

ingeni. massiv, nur bei mir erhältlich.
33.985 gestempelt, von 25 Mark
anwärts, bis zu den feinsten Aus-
führungen. Jede Größe am Lager.
Namen unsonst und
gleich mitzunehmen!

Deutschlands einzigen
Spezialhaus für Trauringe

Eigene Fabrik
Verkauf direkt an Private. Versand
nach auswärts. Katalog gratis!

G. Alb. Thal
C19, Seydelstraße 5

Schiffelunges 200,- bis
575,-, Aufhängematten, Pa-
tientenmatten 115,-, Wollter,
Stargarder Straße 12b.

Pelz-Haus

abuco

Lützowstraße 58

Zahlungs-
Erleichterung

Deutscher Metallarbeiter-Verein

Verwaltungsjahre Berlin N. 54, Linienstr. 83-85

Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telefon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Achtung! Schlosser Achtung!

Donnerstag, den 12. Mai 1921, abends 5 Uhr
Branchen-Versammlung
der Schlosser und der Kollegen
aus den Betrieben für gelochte Bleche
in der Schulhaus, Weinmeisterstraße 16-17.

Tagesordnung:
1. Bericht über den Jahresverlauf. 2. Stellungnahme
zur Tarifkündigung. — Die Verhandlung erwartet, daß in
Anbetracht der wichtigen Tagesordnung von allen Betrieben
sämtliche Kollegen pünktlich erscheinen.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Achtung! Maschinenarbeiter Achtung!

Donnerstag, den 12. Mai 1921, nachmittags 4 Uhr
Berufsversammlung
aller in der Spandauer Metallindustrie
beschäftigten Hobler, Bohrer, Stoßer, Fräser
im Lokal Steinweg, Spandau, Wilmersdorfer 2.

Tagesordnung:
1. Bericht der Branchenkommission. 2. Beschlüsse
gegenüber den Arbeitgeber.

Auto-Schlosser.

Donnerstag, den 12. Mai 1921, nachm. 4 1/2 Uhr
in den Maschinenbau, Kaiser-Wilhelm-Str. 21
Vollversammlung
aller in den Auto-Reparatur-Betrieben
beschäftigten Kollegen.

Tagesordnung:
Der neue Lohnvertrag!
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Die Ortsverwaltung.

Innungsbrannenkasse der Tischler-Innung zu Berlin

Kassenlokal: Michaelkirchstraße 15.

Nach unserer Aufforderung vom 5. Mai 1921 um Einreichung
von Wahlprüfungen für die Wahlen der Vertreter zum
Wahlkörper der Innungsbrannenkasse der Tischler-Innung zu Berlin
sind mehrere Wahlprüfungen nicht eingereicht worden. Es liegen
daher je nur eine Liste der Vertreter der Arbeitgeber und der
Verfahrenen vor.

Demnach § 9 der Wahlordnung gelten demnach die auf folgen-
den Listen bezeichneten Personen ohne Einmündung als gewählt:
a) Liste der Arbeitgeber anlangend mit dem Namen Otto
Gronau und endigend mit Edmund Bierz;
b) Liste der Verfahrenen anlangend mit dem Namen Richard
Bredow und endigend mit Adolf Schwarz.
Die zum 22. und 23. Mai 1921 festgesetzten Wahlen
haben demnach nicht statt.
Berlin, den 10. Mai 1921.

Der Vorstand der
Innungsbrannenkasse der Tischler-Innung zu Berlin.
Otto Gronau, Vorsitzender, Hermann Kätebach, Schriftführer.

Kapitän-Kautabak

wieder erhältlich in der früheren guten Qualität zu begünstigten
Preisen durch die bekannten Verkaufsstellen

G. Wöcker, Berlin, Dönhofsplatz 22. 24h. 1921.

BOTENFRAUEN

stellt sofort ein
Hauptexp. der „Freiheit“
Breite Straße 8-9

Trauringe

Stets vorrätig am Lager

Trauringefabrik Minoga
Berlin O. Gröner Weg 69
Telephon Alex. 2430

Wo gibt's die billigsten Seifen

bei Seifenschneller,
Pücklerstraße 44.

Monats-Anzüge

Covertcoats, Paletots, Raglans,
Cutaways, Hosen

Berkauf

zu enorm billigen Preisen.
Kausch wie in Preußen
jetzt. Keine Lombardware.

Brennenstr. 51. **Leihhaus** Brennenstr. 51.
am Kollendorfsplatz. am Kollendorfsplatz.

Ankauf und Verleihe jeder Wertsache.

Bekleidungsstelle der Stadt Neukölln

Geöffnet 8-6 Uhr • Verkauf an jedermann • Bergstraße 29

Stroßenbahn-Verbindung: 7, 15, 42, 45, 22, 46, 94, C, P, I / Stadtbahn-Verbindung: Ringbahn-Neukölln

Enorm billiger Verkauf in Herren- u. Damenkleidung

Herrenkleidung	Damenkleidung
Herren-Anzüge 135.- 250.- 350.- 550.-	Kostüme sehr gute Verarbeitung, 225.- bis 395.-
Burschen-Anzüge . . . von 115.- bis 475.-	sehr. Herren . . . von . . .
Hosen moderne Stoffen . . . von 54.- bis 155.-	Damen-Röcke in Qualität, 28.50 bis 115.-
Sommer-Paletots . . . von 285.- bis 575.-	Blusen Manufaktur, Watte, Crepe u. 30.50 bis 49.50
Sommer-Raglans hochmodern . . . 80.-	Blusen Seide, Crepe de Chine . . . von 72.- bis 107.-
Drell-Anzüge . . . 80.-	Moderne Sommer-Mäntel Seide Impr. 295.
Westen aus getr. Millimeterstoffen angefertigt 15.-	Uebergangs-Mäntel . . . von 76.50 bis 139.50

sehr gute Qualität . . .

Außergewöhnlich billiges Angebot

Damen-Stiefel 70.00 / Herren-Stiefel 80.00 / Herren-Sohlen gestrichelt, grau meliert 5.75

Große Auswahl in Wäsche, Strümpfen, Schuhwaren zu staunend billigen Preisen

Groß-Berlin

Der Geist von Potsdam

Wer während des Krieges beobachtet hat, wie die aktiven Offiziere sich den aus dem bürgerlichen Leben kommenden Mannschaften gegenüber verhielten, der wird sehr oft über die Weltfremdheit dieser Menschen erstaunt gemessen sein. Die aktiven Offiziere zeigten neben anderen typisch militärischen Eigenschaften eine auffallende Verständnislosigkeit für alles, was sich außerhalb der Kasernenmauern und des militärischen Interessenskreises abspielte. Das rührte nicht zuletzt daher, daß diese Offiziere von Jugend auf sorgfältig von der Außenwelt abgeschlossen waren und in den bekannten Kadettenanstalten erzogen wurden, in denen man sie ausschließlich für ihren militärischen Beruf vorbereitete. In den Kadettenanstalten wurde der Geist von Potsdam in Reinkultur gezüchtet.

Angedehnt sind jetzt die Kadettenanstalten umgewandelt in staatliche Erziehungsanstalten, die des rein militärischen Charakters entleidet sein sollen. Daß dem nicht so ist, haben wiederholt Vorfälle in diesen Anstalten bewiesen. Wie stark aber die Bestrebungen sind, unter den jetzigen Zöglingen den Geist von Potsdam weiter zu züchten, beweist die Existenz und die Tätigkeit eines Reichsbundes ehemaliger Kadetten. Von dieser famosen Organisation liegt uns das Rundschreiben Nr. 2 vom 30. April vor.

In dem Bericht über die Kadettentendenz für die ehemalige Kaiserin wird zunächst betont, daß auch die Zöglinge der staatlichen Bildungsanstalt daran teilgenommen haben. In der Gedendkreise hat der ehemalige Kadettenhauspfarrer Jäkel erklärt: „Die Kadettenhäuser selbst haben uns die Entente und die Vaterlandsverräter nehmen können, aber der Geist, der ihren Zöglingen eingepflanzt (!) worden ist, bleibt bestehen und pflanzt sich fort auf Kinder und Kindeskinde.“ (Um Gotteswillen!) Der Vorsitzende dieses Bundes, Generalmajor Kempe-Viehfeld, kündigte an, daß der Reichsbund den „altdemokratischen Geist der Kadettenanstalt“ auch nach ihrer Umstellung in die staatliche Bildungsanstalt wahren müsse. Weiter befindet sich in demselben Rundschreiben eine Aufforderung des „Reichsverbandes für Kriegspoliten“, den Kadettenfonds durch Spenden zu stärken. Daraus soll den Kriegermüttern, die ihre Söhne mit dem Angeiß von Potsdam erfüllen lassen wollen, Beihilfen gewährt werden: „Der alte Kadettengeiß ist noch nicht verflorben und muß auf die „neuen“ weitergepflanzt werden. Je mehr für guten Erfolg von außen her getan wird, um so sicherer werden wir gute Gefinnung, Pflichtgefühl, reinen Ehrbegriff und die Liebe zum Vaterlande weiter erhalten.“

Diese Ankündigungen zeigen, daß die militärischen Kreise noch immer gar nicht daran denken, abzudanken, sondern vielmehr der Meinung sind, ihre Zeit werde wieder einmal kommen. Sie streben weiter danach, junge Menschen mit diesem fürchterlichen Angeiß zu erfüllen: mit kriegerischen Idealen, die einer vergangenen Periode der Menschheit angehören, mit einem Ehrbegriff, über den, seit er besteht, alle großen Geister, wie Schopenhauer und Heine, nur Spott übrig hatten (einen Ehrbegriff, der nicht auf dem Bewußtsein des eigenen Persönlichkeitswertes beruht, sondern den Wert auf das Urteil anderer Leute legt), einer „Liebe zum Vaterlande“, die darin besteht, ewig die niedrigen Gefühle der Rache wachzuhalten. Nicht nur aus politischen Gründen müssen diese Bestrebungen, dem heutigen Militarismus Nachwuchs zu schaffen, bekämpft werden, sondern auch aus kulturellen Gründen, im Interesse des Fortschritts. Die Fortentwicklung der menschlichen Gesellschaft beruht auf der Heranbildung eines neuen Geschlechtes, das nicht zu widerlichen Marionetten eines altweltlichen Kriegsgottes gedrillt werden darf, sondern das zu freien, selbstbewußten Persönlichkeiten erzogen wird, die ihrer Aufgabe im kulturellen Dienst für die Gemeinschaft erwidern. Mit anderen Worten: Die militärische Verlesung der Jugend muß bekämpft und ersetzt werden durch die sozialistische Erziehung zu freien Menschen.

Rechtssozialistische Gesundheitspolitik

Im Ausschuss für die städtischen Krankenanstalten kam es kürzlich zu einer interessanten Debatte und Beschlussfassung. Der Rämmerer forderte trotz der vor kurzem erhöhten Kurkostenläufe

auf 18 M. täglich für die dritte Klasse die Erhebung von besonderen Gebühren für Entbindung, Bäder, Röntgenbehandlung, Medikamente usw. in den städtischen Krankenanstalten. Abgesehen davon, daß eine derartige Forderung nicht nur im Interesse einer vernünftigen Gesundheitspolitik unter allen Umständen bekämpft werden muß, ergeben sich aber auch in Konsequenz dieser Forderung gerade bei Entbindungen ganz seltsame Umstände. Eine Köchlerin, die für die Entbindung z. B. 100 M. besonders zu zahlen hat, mühte bei einem etwa folgendem operativen Eingriff dann noch einmal zahlen, während andere Operationen, wie auf Anfrage ausdrücklich bestätigt wurde, gebührenfrei bleiben sollen. Wie man derartige Forderungen mit der so lebhaft propagierten „Sozialpolitik“ in Einklang bringen will, ist uns unverständlich.

Bei der Beschlussfassung ergab sich nun folgendes interessantes Bild: Der Antrag, besondere Gebühren für Entbindungen, Bäder, Röntgenbehandlung, Medikamente usw. in städtischen Krankenanstalten zu erheben, wurde mit den vier Stimmen der Unabhängigen, Kommunisten und des Zentrums gegen die vier Stimmen der Deutschnationalen, Deutschen Volkspartei und der Rechtssozialisten abgelehnt. Wir fragen: Ist die rechtssozialistische Fraktion mit dem Verhalten ihres sich sehr oft recht rückständig zeigenden Vertreters im Ausschuss für die städtischen Krankenanstalten einverstanden?

Mietsteigerung und Wohnungsreparaturen

Ein wichtiger Beschluß des Reichsämter Mieteinigungsamtes

Eine aus einem Magistratsbeamten als Vorsitzenden und je fünf Mieter- und Vermieterbeisitzern gebildete Spruchkammer hat folgenden wichtigen Beschluß gefaßt:

„Die generell erteilte vorläufige Zustimmung zur Kündigung zwecks Steigerung wird nicht bestätigt. Die Mietverhältnisse gelten bis zum 1. Oktober d. Js. als verlängert. Die Mietbedingungen bleiben die gleichen; jedoch beträgt der Mietzins ab 1. Oktober d. Js. Grundmiete und 30 Prozent. 9 Prozent dieser gestiegener Miete sind ausschließlich für notwendige Reparaturen bestimmt, die keine bloßen Schönheitsvorrichtungen am Hause oder im Inneren der Wohnung sind; zu letzteren zählen auch Anstreicherarbeiten an Fußböden, Türen, Wänden, Decken, der Innenseite der Fenster, Reputarbeiten der Zimmer (nicht dagegen das Ausweissen der Küchen). Der Vermieter ist verpflichtet, die Belege für sämtliche in Frage kommenden Reparaturen zu sammeln und dem Mieter bzw. seiner Vertretung am Ende des Kalenderjahres, spätestens aber am 15. Dezember d. Js., auf Verlangen Einsicht in die Belege und in eine mit dem Stempel des E. A. versehenen Kostenaufstellung über die Reparaturen zu gewähren. Diese Aufstellung hat der Vermieter spätestens am 1. Dezember d. Js. dem Einigungsamt in 2 Stücken mit der uneingeschränkten ideenstatlichen Versicherung ihrer Richtigkeit einzureichen; das Amt gibt ein Stück mit seinem lediglich als Abnahme des Eides geltenden Stempel zurück. Betragen die nachgewiesenen Kosten für dringliche Reparaturen innerhalb des Vertragsjahres weniger als 9 Prozent der Höchstmiete, oder erfüllt der Vermieter die vorstehenden Verpflichtungen nicht, so haben die Mieter ein entsprechendes Rückforderungsrecht und bei fortbestehendem Mietverhältnis das Recht, die nächstfolgende Miete zu kürzen.“

Von dieser Entscheidung sind diejenigen Fälle ausgenommen, in denen der Mieter binnen einer Ausschlussfrist von einer Woche eine besondere wirtschaftliche Notlage einwendet und ein partieller Ausschuss den Einwand für hinreichend begründet erachtet; alsdann erfolgt Einzelverhandlung vor der zuständigen Kammer.

Somit die vorbezeichneten Anträge Mieter betreffen, die bereits den Höchstmietzins zahlen, werden sie unter Aufhebung der einstweiligen Zustimmung zurückgewiesen.“

Dieser Beschluß ist durchaus im Interesse der Mieter; es ist wünschenswert, daß die Vermieter bereits bei den jetzt erfolgten Steigerungen Reparaturen vorzunehmen verpflichtet sind und daß vor allem den Vermietern Rechenschaft über die vorgenommenen Reparaturen gefordert werden kann. Die Mieter müssen sich nur für die Durchführung dieses Beschlusses einsetzen!

Die Praxis der Wohnungsämter ist, wie der „Lokal-Anzeiger“ mitteilt, Gegenstand einer kleinen Anfrage des Abgeordneten Strathmann im Reichstag. Er weist auf Fälle hin, in denen franten deutschen Familien ein feuchtes Zimmer als Wohnung zugewiesen wurde und stellt dem folgendes gegenüber: „Ein

Rumäne, der vor wenigen Monaten aus Rumänien nach Abwesenheit während des Krieges zurückgekommen ist, hat Handstraße 8 eine geräumige, gesunde Wohnung gegen den Willen des Hausbesizers zugewiesen erhalten. Hält die Regierung diese unfällige Benachteiligung von Volksgenossen zugunsten von Ausländern, die nicht vereinzelt dastehen, für berechtigt? Beachtlich ist, Abhilfe zu schaffen? — Merkwürdig, wenn die bürgerlich-nationalistischen Herrschaften die Bevorzugung eines Ausländers entbeden, wird gleich eine Aktion eingeleitet; wenn die Befehle der eigenen Nation ebenso unerschrocken bevorzugt werden, haben dieselben Leute natürlich nichts dagegen!

Milchlieferung. Am Dienstag, den 10., Mittwoch, den 11., Donnerstag, den 12. und Freitag, den 13. d. M., werden die DIII- und DIII-Kinderarten nicht beliefert. Die 1/2-Liter-Kranken- und Alterskarten werden an den genannten Tagen in allen Bezirken mit Frischmilch beliefert. Die übrige Belieferung bleibt wie bisher. Die angegebene Belieferung bezieht sich nicht auf die seit dem 1. Oktober 1920 neu zu Berlin hinzugekommenen Gemeinden, soweit sie nicht bereits dem Milchamt Berlin angeschlossen sind.

Presse-Kommission. Nächste Sitzung Donnerstag, 6 1/2 Uhr. Vollständiges Erscheinen notwendig.

Die Auszahlung der Milchgeldzuschüsse an Kinder bis zum vollendeten 2. Lebensjahre (ausschließlich Waisen- und Armenpflinglinge) und Schwangere, drei Monate vor der Niederkunft wenn sich deren Familien in einer außerordentlichen Notlage befinden, erfolgt nunmehr ab ausschließlich durch die zehn Säuglings- und Kleinkinderfürsorgestellen. Anträge sind unter Vorstellung der für den Zuschuß in Frage kommenden Person in der zuständigen Säuglingsfürsorgestelle zu stellen, unter gleichzeitiger Vorlage eines Ausweises über das Einkommen des Antragstellers.

Der frühere Charlottenburger Stadtverordnetenvorsitzer Otto Kaufmann ist im Alter von 84 Jahren das Opfer eines Unglücksfalles geworden. Er stürzte vor einiger Zeit auf der Treppe und zog sich einen Oberschenkelbruch zu; dann trat Gehirn-entzündung hinzu, der der Kaufmann erlegen ist. Besondere Verdienste hat sich der Verstorbene durch die auf seine Anregung zurückzuführende Errichtung des Deutschen Opernhauses in Charlottenburg und die Verlegung des Schillertheaters nach Charlottenburg erworben, sowie dadurch, daß er mit Entschiedenheit für die Verbesserung der Verkehrsanlagen eintrat.

Die älteste Autobuslinie wieder im Betrieb. Die älteste und beliebteste Automobillinienlinie 4 ist es, die am Sonnabend vor Pfingsten wieder eröffnet und vom Kettledplatz bis zum Hermannplatz über den Weddingplatz, die Chaussee- und Friedrichstraße, sowie das Hallesche Tor und durch die Hohenheide geführt wird. Die Wagen werden sich in Abständen von etwa 10 Minuten folgen, vom Kettledplatz von 6.45 Uhr vorm. bis 11.28 Uhr nachm., vom Hermannplatz 7.31 Uhr vorm. bis 12.14 nachts. Die ganze Fahrt kostet 3 M., Teilstrecken 1 und 2 M.

Handüberfall mit einem Totschläger. Sonntag nachmittags gegen 1 1/2 Uhr überfiel der wohnungslose, 21jährige Kaufmann Richard Bod aus Stuttgart, im Hür des Hauses Grünstr. 39, die 19jährige Kontoristin Alice Kohn, schlug sie mit einem Totschläger nieder und entriß ihr die Aktentasche mit 600 M. Inhalt. Er flüchtete in der Richtung nach dem Spittelmarkt, wurde aber von der Schutzpolizei ergriffen und zur nächsten Wache gebracht.

Aushebung einer Geheimbrennerei. Bei der Durchsuchung der Geschäftsräume der Firma Otto Weichel in Lichtenberg, Köpenicker Str. 39, wurde eine Geheimbrennerei erbeutet. Die Beschlagnahmten sämtliche Apparate und Gerätschaften und übergaben sie dem Hauptzollamt am Alexanderplatz.

Brandstifter an der Arbeit. Am Sonntag nachmittags brannte auf dem Bahnhof Wlbershof ein Waggon mit Stroh, der einer Cöpenicker Firma gehört. Die herbeigerufene Feuerwehr hatte etwa eine Stunde mit Lösch- und Aufräumarbeiten zu tun; dreieinhalb der Ladung ist verbrannt. Es muß angenommen werden, daß Brandstiftung vorliegt, da bereits am Tage vorher an derselben Stelle Feuer ausgebrochen war.

Zu der Aushebung der Werkstatt für polnisches Fassgeld werden wir um Aufnahme folgender Zeilen gebeten: Die 5 Söhne Friedrich, Richard, Emil, Ernst und Walter Endow des kürzlich verstorbenen Schlossermeisters Friß Endow, Lichtenberg, Wilhelmstraße 45, stehen zu diesem Vorkommnis in keiner Beziehung, auch in keinem verwandtschaftlichen Verhältnis des benannten Endow. Wir erziehen diesen Hinweis aus dem Grunde für notwendig, da wir als Funktionäre für Partei und Gewerkschaften über den Kreis Lichtenberg hinaus bekannt sind. Friedrich Endow, Lichtenberg, Wilhelmstr. 45, Angestellter des Deutschen Transportarbeiterverbandes.

Die Volksfürsorge, Rechnungsstelle 1 Berlin, teilt mit, daß einem ihrer Kassierer die Sparmarkenblatts 32468/970 verloren gegangen sind. Dieselben werden hiermit für ungültig erklärt und bitten wir den Finder, die Blatts bei der Rechnungsstelle 1, Engelfur 18, abzugeben.

Hundert Prozent

Die Geschichte eines Patrioten

Roman von Upton Sinclair

Das dem Romanist übertragen von Hermann J. J. Müller

Copyright by Der Wolff-Verlag Berlin-Göteborg 1921

(4. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Der nächste war Grady, der Sekretär der J. W. Ws. und nun ereignete sich etwas Furchtbares. Grady, der das Schauspiel von einem Automobil aus beobachtet hatte, geriet in Verzweiflung, als man ihm die Hände losließ, um ihm den Rod auszuweichen, riß er sich los, schlug einen Mann nach dem andern nieder. Er war in den Waldstaaten aufgewachsen, hatte eine erstaunliche Körperkraft. Noch ehe die Menge sich gewahr wurde, sprang er zwischen zwei Automobilen. Ein Duzend Männer rasten aus einem Duzend Richtungen auf ihn los, in einem wilden Wirrwarr fiel er zu Boden. Sie festelten ihn, sein Gesicht war mit Schmutz und Blut überkrustet. Aus der Menge dröhnte Gebrüll auf, wie wilder Tiere Brüllen zur Nachtzeit. „Hängt ihn auf! Hängt ihn auf!“ Ein Mann kam mit einem Strick gelaufen, grüßte: „Hängt ihn auf!“

Der Zeremonienmeister protestierte durch sein Megaphon, daß wurde ihm dieses aus der Hand geschlagen, er selbst ward zur Seite gestoßen. Ein Mann erkletterte die Tanne, hing den Strick über einen Ast. Grady war in der sich wild bewegenden Menge verschwunden. Jählings schrien die Leute auf: Grady wurde sichtbar, er schoß, den Strick um den Hals, in die Luft, stieß wild mit den Beinen aus. Unter ihm tanzten die Leute, brüllten, schwenkten ihre Hüte, einer griff nach den zappelnden Füßen, erhaschte sie, hing sich schwer daran.

Nun erscholl eine Stimme durch das Megaphon: „Laßt ihn etwas herab. Ich muß bis zu ihm gelangen.“ Der sich noch immer windende Körper wurde zur Erde niedergelassen, ein Mann trat vor, zog ein Messer, schlichte das Gewand des Gehängten auf und schnitt ihm die Hoden vom Leib. Die Menge brüllte von neuem auf, die Leute in den Automobilen klatschten sich begeistert auf die Knie. Peters Gefährten flüchteten ihm zu, der Mann sei Ogden gewesen, der Präsident der Handelskammer. Wochenlang wurde in der ganzen Stadt davon geplüßert, was Bob Ogden der Leiche Shawn

Grady angetan hatte, dem Sekretär der verdamnten J. W. Ws. Und alle stießen einander in die Rippen, tuschelten grinsend, auf diese Art sei sicherlich der rote Terror für immer vernichtet, der hundertprozentige Amerikanismus gerechtfertigt, eine friedliche Lösung des Problems von Kapital und Proletariat erzielt worden.

So seltsam dies auch klingen mag, einer der J. W. Ws. stimmte mit dieser Ansicht überein. Eines der Opfer dieser Nacht hatte seine Lektion gelernt. Sobald Tom Duggan sich wieder im Bett aufzusehen vermochte — sechs Wochen nach jener Nacht — schrieb er einen Artikel über seine Erlebnisse, der zuerst in einer J. W. Ws.-Zeitung veröffentlicht, dann als Brochüre herausgegeben und von Hunderttausenden von Arbeitern gelesen wurde. Der Dichter sagte:

„Das Programm der J. W. Ws. beginnt mit der Einleitung, die Unternehmer und die proletarische Klasse hätten nichts Gemeinsames, doch lernte ich in jener Nacht, daß dieser Satz falsch sei. In jener Nacht sah ich etwas, was den Unternehmern und den Proletariern gemeinsam ist — eine schwarze Schlangepeitsche. Der Peitschenschwanz war in den Händen der Unternehmer, die Peitschenschnur tanzte auf dem Rücken des Proletariats. Derart wurde für ewige Zeiten das Verhältnis zwischen den beiden Klassen festgestellt.“

61.

Am folgenden Morgen erwachte Peter mit einem für ihn neuem Gefühl des Leidens und Entsehens des Lebens. Stets hatte er verlangt, die Ketten mögen bestrast werden, doch hatte er sich diese Strafe immer ganz abstrakt gedacht, etwas, das mit einer Handbewegung erledigt ist. Die physische Seite, das Blut und den Schmutz — hatte er nie in Betracht gezogen. Während zweier Stunden, vielleicht noch länger, hatte er dem dumpfen Ton der Peitsche auf Menschenfleisch gelauscht, jeder Schlag hatte seine eigenen Nerven getroffen. Peter hatte sich an Rache überfättigt, an diesem Morgen quälte ihn sein Gewissen. Er hatte die Burschen alle gefannt, nun sah er vor sich ihre Gesichter, und sie verfolgten ihn. Was hatten sie getan, um eine derartige Behandlung zu verdienen? Hatte etwa ein einziger von ihnen je eine solche Gewalttat begangen, wie ihnen angetan worden war?

Am meisten aber folterte Peter die Angst. Peter, die Ameise, erkannte, das Ringen der Ketten werde immer

wilder, erkannte die Gefahr seiner Lage unter den Riesenfüßen. Auf beiden Seiten stammten die Leidenschaften auf, je heftiger der Haß entbrannte, desto größer war für Peter die Gefahr einer Entdeckung, um so furchtbarer wäre sein Schicksal, falls er entdeckt würde. Mc Givone konnte leicht beteuern, hieß vier seiner Leute konnten die Wahrheit, und diesen vieren dürfe man bis in den Tod vertrauen. Peter entsann sich zitternd einer Bemerkung Shawn Grady's, die ihm den Appetit für mehr als eine Maßigkeit verdorben hatte. „Sie haben zwischen uns Spione eingeschmuggelt“, hatte der junge Irlander gesagt. „Gut, früher oder später werden auch wir uns aufs Spionieren verlegen.“

Nun kamen diese Worte zu Peter zurück wie eine Stimme aus dem Grabe. Wie, wenn einer der Ketten genügend Geld hätte, um jemanden in Guffens Bureau einzuschmuggeln? Oder ein „rotes Mädchen“ verführte Peters Kniff, verführte einen von Guffens Leuten — dies dürfte gar nicht schwer fallen! Der Mann würde vielleicht gar nicht verraten wollen, daß Peter zu Guffens Leuten gehört, die Wahrheit konnte ihm einschleppen, genau wie Jack Jbbetts Name der kleinen Jennie einschleppst war. Derart würde Mac erfahren, wer ihm den Streich gespielt habe, und was wird Mac Peter antun, wenn er erst wieder freigelassen worden ist? Wenn Peter diese Dinge bedachte, fühlte er, was es bedeute, in den Krieg zu ziehen, erkannte, es habe ihm wenig genützt, daheim zu bleiben, er sei in ebenso großer Gefahr, wie wenn er sich im Schützengraben befände. Auch dies ist Krieg, ist Klassenkrieg, und in jedem Krieg wird Spionage mit dem Tode bestraft.

Auch um Nell machte sich Peter Sorgen. Sie war seit fast einer Woche in ihrer neuen Stellung und hatte noch kein einziges Wort von sich hören lassen. Sie hatte ihm verboten, ihr zu schreiben, fürchtete seine Unvorsichtigkeit. Er möge ruhig warten, Enthe Eustace verstehe es, auf sich aufzupassen. Daran freilich zweifelte Peter keineswegs. Was ihn bekümmerte, war der Gedanke, daß sie einen neuen Mann ausarbeite, er fürchtete ihre allzu große Phantasie. Da diese Phantasie das lehtmal geboren, hatte sie ihn mit einer Tasse voll Dynamit beschenkt, was ihr neuestes Kind sein mochte, ahnte er nicht. Nell konnte ihn in die Gefahr bringen, von Guffen entdeckt zu werden; dies war schier ebenso arg, wie Mac in die Hände zu fallen.

(Fortsetzung folgt.)

Bewerkschaftliches

Betriebsrat und Lohnabzug

Wie hier bereits wiederholt ausgeführt wurde, sind gemäß § 45a des Einkommensteuergesetzes vom 1. April ab gewisse Beträge vom Arbeitslohn in Abzug zu bringen, so daß nur von dem Rest der Lohnabzug von 10 Prozent erhoben wird.

Verschiedene Arbeitgeber vertreten hierbei nun den Standpunkt, daß der steuerfreie Betrag für die zum Haushalt zählenden minderjährigen Kinder nur soweit in Ansatz gebracht werden darf, als diese nicht erwerbstätig sind. Das ist ein Irrtum und deshalb sei nochmals hier ausdrücklich darauf hingewiesen, daß der steuerfreie Betrag sowohl für jede Ehefrau als auch für jedes minderjährige Kind vom Arbeitslohn in Abzug zu bringen ist, gleichviel, ob das Kind erwerbstätig ist oder nicht.

Zur Regelung der sich aus den Angaben des Arbeiters über die Zahl seiner Kinder ergebenden Streitigkeiten bestimmt nun Absatz 3 des genannten Paragraphen folgendes:

„Ob und inwieweit die Vorschriften der Absätze 1, 2 (betreffend die Abzugsbeträge von je 4 M. für Mann und Frau und je 2 M. für jedes Kind bei täglichem Lohn usw.) im einzelnen Falle anzuwenden sind, ist von dem Arbeitgeber festzustellen. Auf Antrag des Arbeitnehmers ist in Betrieben, in denen ein Betriebsrat besteht, der Betriebsausschuß oder der Betriebsobmann gutachtlich zu hören. Auf Anrufen eines Beteiligten entscheidet das Finanzamt endgültig. Ist die Entscheidung des Finanzamtes nicht binnen einer Woche nach dem Zahlungstag angerufen, so ist der Abzug im vollen Umfang des § 45 vorzunehmen.“

Hieraus ergibt sich, daß die notwendigen Feststellungen vom Arbeitgeber zu erfolgen haben. Dieser wird sich vorerst natürlich auf die entsprechenden Angaben des Arbeitnehmers verlassen müssen. In zweifelhaften Fällen wird aber der vorhandene Betriebsrat die notwendigen Ermittlungen und dementsprechenden Angaben zu bewirken haben. Letzterem ersuchen dadurch allerdings bedeutende Mehrarbeiten, die jedoch im Interesse der vertretenden Kollegen geleistet werden müssen.

Betriebsstörungen und Kontrollkommission

An den Internationalen Gewerkschaftsbund hat der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes eine Beschwärde gerichtet, die sich gegen das eigenartige Verhalten der militärischen Kontrollkommission der Entente (besonders gegen das der französischen Mitglieder) wendet, die folgendes zum Inhalt hat:

Die ehemaligen deutschen Heeres- und Marinebetriebe, die früher nur Waffen und Kriegsgüter erzeugen und während des Krieges bis zu 200 000 Arbeiter und Angestellte beschäftigten, sind nach dem Kriege umgestellt worden und beschäftigen heute nur zirka 40 000 Mann. Aus den Betrieben selbst wurde eine Aktiengesellschaft gemacht, die den Namen Deutsche Werke A.-G. führt. Fachleute leiten diese Betriebe, die ihren Vorstand haben, desgl. ein Aufsichtsrat und die Generalversammlung, die auf den privaten Charakter der Werke hinweisen. Das Reich hat lediglich das Betriebskapital zur Verfügung gestellt, behält allerdings sämtliche Aktien- und Genusscheine. Die Werke selbst arbeiten wie jeder private Betrieb und schließen mit privaten Beträgen über Lieferungen wie jedes andere Unternehmen ab. Wiederholt haben sich nun die Betriebsräte der Deutschen Werke beim Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund über die Methoden der militärischen Kontrollkommission beschwert, über die Art, wie sie ihre Aufgaben durchführt. Dem gewerkschaftlichen Nachrichtendienst entnehmen wir u. a. folgendes:

1. Die militärische Kontrollkommission verbietet jede Bewegung von Maschinen, selbst die Bewegung von einem zum andern Werk und gibt auch noch so begründeten Anträgen, einzelne Maschinen zu versetzen, nicht statt.

2. Schrott, welcher aus der Zerlegung von Spezialmaschinen für Kriegsgüter abgefallen ist, wird nicht den Deutschen Werken zum Kauf angeboten, obwohl sie ihn in eigenen Häuten verarbeiten können, sondern an anhängende Firmen verkauft.

3. Sämtliches Rohmaterial, das in den Betrieben vorhanden ist, wird, auch ohne daß es ausgeprochenes Kriegsmaterial wäre, wie alle Holzspane, Rundmessing, Flacheisen, jede Tafel Blech, jedes Stück Leder, als Kriegsmaterial bezeichnet und beschlagnahmt.

Diese übereifrigen Maßnahmen, die sich in diesen Beschwerden noch lange nicht erschöpfen, führen zu großen Betriebsstörungen, die die Gefahr in sich schließen, daß ein Teil der Arbeitslosen noch mehr answillt. Es wird z. B. mitgeteilt, daß neuangekaffte Maschinen in Spandau beschlagnahmt wurden. Alle Drehbänke, aus denen von der Eisenbahnermalerei Kolben in Auftrag gegeben wurden, versanken ebenfalls der Beschlagnahme.

In der Beschwerdebüchse an den Internationalen Gewerkschaftsbund wird die Vermutung ausgesprochen, daß großkapitalistische Interessen da misgesprächen und man die Arbeit verfolgte, eine für den Großkapitalismus der Entente gefährliche Konkurrenz nicht aufkommen zu lassen. Der Internationale Gewerkschaftsbund wird nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß die Deutschen Werke ein gemeinwirtschaftliches Unternehmen sind und es wird gebeten, in geeigneter Weise allen Einfluß auszuüben, um den Ueberreifer der militärischen Kontrollkommission nicht in die Falle zu führen, die eine drohende Zunahme der Arbeitslosigkeit in Deutschland in Folge hätte.

„Vorwärts“ und Anstandspflichten

In der Sonntagsnummer findet es der „Vorwärts“ für notwendig, der „Roten Fahne“ Vorhaltungen darüber zu machen, daß sie Nachrichten aus dem „Vorwärts“ übernimmt und es unterläßt, die Quellenangabe anzugeben. Was die Anklage gegen die „Rote Fahne“ betrifft, so können wir auf Grund der eigenen Erfahrungen dieser zustimmen. Ob aber der „Vorwärts“ das moralische Recht dazu hat, bezweiseln wir. Denn in wiederholten Fällen hat er von uns verschiedene wichtige Dinge übernommen, den Titel geändert und sich genau so unanständig benommen, wie die „Rote Fahne“, die beide es unterließen, die Quelle, also uns, zu nennen.

Wie sagt doch Heine in seinen hebräischen Liedern, in seiner Disputation:

Und es will mich schier bedünken, daß sie alle beide — sinken...

Arbeiterrechte und Schlichtungsausschuß im Kammergericht

Tom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter wird uns mitgeteilt:

Bezugnehmend auf eine Notiz in der „Roten Fahne“ vom 7. April d. J. sehen wir uns veranlaßt, im Interesse der Arbeiter eine kleine Darstellung über Verhandlungen vor obigem Schlichtungsausschuß der Öffentlichkeit zu unterbreiten: Am 28. April stand vor dem staatlichen Schlichtungsausschuß Termin einer entlassenen Wärtlerin gegen die Charité-Direktion zur Verhandlung. Klägerin wurde im Oktober v. J. wegen Diebstahlsverdacht aus der Charité entlassen. Am 21. Dezember v. J. wurde Klägerin auf Kosten der Staatskasse freigesprochen, also war der Verdacht des Diebstahls beseitigt. Dieses Urteil hat Gesetzeskraft. Nach den Gesetzen des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin hatte der Schlichtungsausschuß als Schlichtungsausschuß nur noch zu entscheiden, ob die Klägerin wieder einzustellen ist, oder

ob für die Nichtwiedereinstellung eine Entschädigung zu wählen wäre. Der „unparteiliche“ Vorsitzende, der in dieser obigen Sitzung amtierte, ist ein Geh. Kammergerichtsrat, also Staatsbeamter, und es zeigt sich auch hier wieder, daß die Richter nicht über den Parteien stehen. Der Vorsitzende fragte die Klägerin nochmals eingehend über den gerichtlich erledigten Diebstahlsverdacht aus, und als der Mundanwalt (Gewerkschaftsvertreter) der Klägerin, gegen eine bezahlte Geschäftsgebahrung Protest einlegte, wurde ihm rundweg das Wort entzogen. Als dann später der Beklagte erklärte, daß die Klägerin nicht wieder eingestellt werden könne, da dieses angebliche Gerichts-urteil ein Fehlurteil sei, trotzdem dieses Urteil rechtskräftig ist, erhielt auch endlich der Mundanwalt wohlwollenderweise von dem Herrn Kammergerichtsrat das Wort zu seinen Ausführungen. Der Mundanwalt legte nochmals energisch Verwahrung gegen diese Geschäftsführung ein, und als der Herr Vorsitzende dem Verhandlungsvertreter in ziemlich unangenehmer Weise klar machte, daß er sich als Richter jede Kritik in der Geschäftsführung verbitte, stellte der Mundanwalt den Antrag auf Befangenheit des Vorsitzenden.

Bezeichnend war bei der Beratung der Kammer über den Antrag des Mundanwalts auf Befangenheit des Vorsitzenden, als ein Arbeitnehmerbeisitzer gegen die eigentümliche Verhandlungsführung des Vorsitzenden Kritik übte und auf das freisprechende Urteil des Amtsgerichts hinwies, daß der Vorsitzende erklärte, der Zivilrichter (als solcher betrachtet er sich) steht über dem ordentlichen Richter, und an Hand dessen wäre er berechtigt, in vorstehendem Streitfall aus einem Schlichtungstermin eine reguläre Gerichtsverhandlung zu machen.

Diese kurzen Ausführungen sollen allen Arbeitern und auch allen Gewerkschaftsvertretern, die vor einem bezahlten Schlichtungsausschuß die Interessen der Arbeiter zu vertreten haben, die Augen öffnen, und es wird notwendig sein, daß bei der Beratung der neuen Schlichtungsordnung in Zukunft 1. bezahlte parteiliche Besetzungen solcher Kammern, 2. die eigentümliche Geschäftsführung der Vorsitzenden (nedenbei bemerkt darf das kein ordentlicher Richter sein), 3. die Stempelung eines Schlichtungsausschusses zu einem ausgesprochenen Gericht, und 4. die Entlassung von Mundanwälden vor diesen staatlichen Schlichtungsausschüssen diese Forderungen berücksichtigt werden. Die Arbeiterschaft wird alles daran setzen müssen, im Verein mit den Gewerkschaften bezahlte Schlichtungsausschüsse, wie der oben bezeichnete, verschwinden zu lassen.

Das Versagen des Dreibundes in England

Dieses traurigste Ereignis des großen Streiks wird keine ungünstige moralische Wirkung für lange Zeit fühlbar machen. Wir müssen aber wohl sagen, daß es ein größeres Unglück war, den Dreibund zur Hilfe zu rufen, als daß diese Hilfe verweigert wurde. Was sollte der Transportstreik (an sich und ohne eine Revolution mit dem Ziel der Nachkriegszeit) erreicht haben? Zwei Drittel der Transportarbeiter waren bereits wegen der Wirtschaftskrise arbeitslos. Wer lesen in der Zeitschrift „The Nation“, welche für die Kohlenarbeiter Partei ergriffen hat, daß die Eisenbahnerverwaltungen einen Streik sehr gern gesehen hätten, um einen Vorwand für die Entlassung eines Teils ihres Personals zu haben; angeblich seien bei den Eisenbahnen zwölf Leute angestellt. Für einen großen Streik ist ein Einschlag von schwungvoller Begeisterung auf Seiten der Arbeiterschaft unumgängliches Erfordernis. Die Eisenbahner und Transportarbeiter hätten den Streik nur unwillig mitgemacht; in Zeiten wirtschaftlicher Depression ist die Stimmung der Arbeiter erfahrungsgemäß auch gedückt. Und der englische Arbeiter ist, wie bekannt, nicht revolutionär geneigt.

Deutscher Transportarbeiterverband. Lohnbewegung der Leitergerüstbauer und Ruischer. In einer am 6. Mai einberufenen stark besuchten Branchensammlung der Leitergerüstbauer und Ruischer berichtete Sydow über die stattgegangene Verhandlung mit den Arbeitgebern, in der letztere eingangs der Verhandlung ihrem Bedauern Ausdruck gaben, daß jetzt überhaupt Lohnforderungen gestellt werden. Urlaub zu gewähren, lehnen sie augenblicklich ab, bis derselbe eventl. durch das Arbeitsministerium bzw. durch ein Gesetz des Reichstages gesichert wird. Als ungenehmigt bezeichneten sie die Forderung bezugnehmend des § 616 B.G.B. Die Versammlung beschäftigte sich auch eingehend mit dem von den Arbeitgebern angebotenen Tarifvertragsentwurf, der in sozialer Beziehung jedes Verhältnisses dafür vermissen läßt, um so mehr, da diese Berufsgruppe eine schwere und lebensgefährliche Berufstätigkeit ausübt und nicht die genügende Würdigung ihrer Arbeitsleistung von Seiten der Arbeitgeber gefunden hat. Die Versammlung beauftragt die Lohnkommission, mit den Arbeitgebern nochmals in Verhandlung zu treten und erwartet in den sozialen Forderungen auch ein Entgegenkommen. Würden die Arbeitgeber sich weiter ablehnend verhalten, sind die Kollegen entschlossen, mit allen ihnen zu Gebote stehenden gewerkschaftlichen Mitteln ihre Forderungen zu erkämpfen. Anschließend erlolgten einige Neuwahlen, die des Kollegen Sydow als Branchensprecher und die der Kollegen Baerh, Witt und Schwallowski als Delegierte für die örtlichen Generalversammlungen.

Renditepersonal. Die Rendite Hübner, Charlottenburg, Spandauer Berg 23, ist für das organisierte Personal gesponsert. Herr Hübner, welcher als Vorstandsmitglied selbst mit an den Tarifverhandlungen teilgenommen, weigert sich grundsätzlich, die tariflichen Bestimmungen einzuführen. Bei 12 bis 15stündiger Arbeitszeit zahlt er ungefähr die Hälfte des tariflich festgesetzten Lohnes.

Gewerkschaftsversammlungen

Deutscher Transportarbeiterverband (Branchen Apothekenarbeiter). Berlin. Die für den 10. Mai einberufene Versammlung bei Pfarrer findet nicht am 10. Mai, sondern erst am 24. Mai statt.

H. G. P. D. Sattler und Lepelner. Derjenige zur Wahl gestellte Kandidat der H. G. P. D. ist Gen. August Bismarck, für dessen Wahl alle Kollegen einzutreten haben.

H. G. P. D. Eisenmacher! Dienstag, den 10. d. M., 7 Uhr, bei Summat, Gohlstr. 5, wichtige Zusammenkunft aller H. G. P. D.-Stellmacher. Reiner beschließen.

Techniker-Tagung

Dritter (letzter) Verhandlungstag

Der zweite Bundestag der technischen Angestellten und Beamten wurde am Sonntag zu Ende geführt.

Nachdem dem alten Vorstand durch den Bundestag Entlastung erteilt war, wurde die Neuwahl des Bundesvorstandes und Bundesausschusses vorgenommen. Beide Körperschaften blieben im wesentlichen mit den bisherigen Verloren besetzt, das Gleiche trifft auf die beschabenen Geschäftsführer zu, die neu bestätigt wurden. Hieraus wurde die Wahl von Ergänzungsmitgliedern zum Bundesvorstand vorgenommen.

Das Bundesvorstandsmittglied Saenderer hielt hierzu einen eingehenden Bericht über die Durchführung der Verwaltung mit technischem Geist. Das Verwaltungswesen sei heute noch so rein juristischem Geiste beherrscht. Bureaucratie und Formalismus hemmen die freie Entfaltung des Verwaltungsapparates. Trotz der ungeheuren Umstellung der Staatsmachterei von einem Verwaltungs- zu einem Wirtschaftssystem hat die Verwaltung die Herrschaft behalten. Die wirtschaftlichen Betriebe, Post, Eisenbahn, Wasserbau, Bergwerke, Gaswerke, Elektrizitätswerke, Straßenbahnen werden in das herrschende Wirtschaftssystem eingegliedert, deren Wirtschaftlichkeit durch bürocratische Fesseln eingeschränkt werden. Der Techniker wird unter die Kontrolle des Juristen oder Verwaltungsbeamten gestellt, die mit ihrem überlegenden Einfluß die freie Entschlußkraft des Technikers lähmen. Das muß anders werden. Den Technikern müssen als gleichberech-

tigte Faktoren führende Stellungen in den Verwaltungen der öffentlichen Betriebe übertragen werden.

Der Bund der technischen Angestellten und Beamten ist dazu berufen, den

Kampf gegen die Verwaltungs-Bureaucratie

zu führen, um im Interesse der Allgemeinheit den Technikern die Mitarbeit in Verwaltungsgesellschaften zu ermöglichen. Die erste Forderung, die wir durch unsere Gewerkschaftsarbeit erreichen wollen, ist die Gleichberechtigung der Techniker in ihren Anstellungs- und Beförderungsvorhältnissen mit den Verwaltungsbeamten. Wenn der Techniker an der Reorganisation der Verwaltung mitarbeiten, dann werden wir zu der Demokratisierung der Verwaltung kommen. Vom deutschen Beamtenbund haben wir in dieser Beziehung leider nicht viel zu erwarten. Darum heißt es hier: Techniker vor die Front!

Die Demokratisierung der Verwaltung bedingt die Schaffung eines Beamtenrätengesetzes,

das zum mindesten auch den Beamten die Rechte des Betriebsrätegesetzes gibt. Es muß den Beamtenräten möglich sein, bei den Gehalts- und Anstellungsbedingungen, sowie an der Wirtschaftlichkeit der Betriebe und der Verwaltungen des Reiches, der Länder und der Gemeinden mitzuwirken. Unsere Ziele können nur im gemeinsamen Kampf mit der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft verwirklicht werden. (Beifall.)

Zu dem Referat wurde ohne Debatte eine Entschlüsselung angenommen, in der Protest dagegen erhoben wird, daß die Reichsregierung den Entwurf zum Beamtenrätengesetz noch nicht vorgelegt hat.

Hierauf wurde der Bericht des Ausschusses für äußere Angelegenheiten gegeben, der in seinen Sitzungen eine Flut von Anträgen durchuberaten hatte. Hieron wird die größte Anzahl entweder abgelehnt oder dem Bundesvorstand als Material überwiesen. Unter anderem wurde ein Antrag angenommen, der es der Geschäftsstelle des Bundes unterlag, Ehefrauen, deren Männer in Arbeit stehen, zu beschäftigen. Hiergegen hatte sich Genosse Aufhäuser entschieden gemeldet, da der darin liegende Gedanke vollkommen unsozialistisch sei.

Eine Entschlüsselung, die einstimmig angenommen wurde, beauftragt den Vorstand, Schritte einzuleiten, daß der Ufa-Bund gemeinsam mit dem A. D. G. B. und dem Zentralverband deutscher Konsumvereine auf gemeinwirtschaftlich-gewerkschaftlicher Grundlage die Eigenproduktion der von den Mitgliedern gebrauchten Materialien in die Wege leitet. Abgelehnt wurde ein Antrag, wonach die Gewerkschaften, über die politischen Parteien hinweg, eine Arbeiterpartei bilden und als solche am Parlament teilnehmen sollten. Einstimmig abgelehnt wurde ferner ein Antrag, der vom Bundestag eine klare und eindeutige Stellung zur Dritten Internationale und zu den bekannten 21 Punkten verlangte. Zur Begründung der Ablehnung wurde erklärt, daß der Bundestag sich einstimmig auf den Boden der Amsterdamer Internationale gestellt habe.

Bei dem Bericht des Ausschusses für Satzungs- und Verwaltungsangelegenheiten kam es wegen Erweiterung der Rechte des Bundesauschusses zu Ungunsten des Bundesvorstandes zu einer Auseinandersetzung. Schließlich faßten der Bundesvorstand und -ausschuß eine gemeinsame Erklärung hierzu, die vom Bundestag angenommen wurde. Der Vorschlag für das Rechnungsjahr 1921 mit einer Summe von 17,5 Millionen Mark wurde einstimmig angenommen.

Nach Erledigung weiterer Satzungsangelegenheiten wurde die Tagung, die inzwischen nach dem Abgeordnetenhaus verlegt worden war, nach einigen Schlussreden von dem Bundeslog-Vorsitzenden Elias geschlossen.

Aus den Organisationen

Dienstag, 10. Mai

- 1. Diktir. Abends 7 1/2 Uhr erweiterte Verbandssitzung bei Schwelbisch. 23 Teilnehmer.
- 2. Diktir. Abends 7 Uhr Sitzung der Zeitungscommission und Helfer in der Spedition Rade, Wehlerstr. 25.
- 3. Diktir. Abends 7 Uhr Familienbesprechung bei Hillmer.
- 4. Diktir. Abends 7 1/2 Uhr öffentliche Versammlung in der Halle des Neulandbauvereins. Tagesordnung: Die Vorgänge im Reichstagswahlkampf (Ref. Gen. Ober-Diktir.).
- 5. Diktir. Abends 7 1/2 Uhr Familienbesprechung in der Schulstraße. Vortrag über Oberbühnenarbeit. Vortragsprogramm. Referent: Genosse Wolf.
- 6. Diktir. Die Obere der weiblichen Schulen treffen sich abends 8 Uhr im Sozialbureau.

Mittwoch, 11. Mai

- 1. Diktir. Jahreshaupt. 1. und 2. Abt. bei Hagen, Stralauer Brücke 8. 3. 4. 6. Abt. bei Schirn, Charlottenstr. 1. 5. Abt. bei Lehmann, Südliches Ufer 14.
- 2. Diktir. 4. Abt. Abends 7 Uhr gemeinsamer Jahreshaupt in der Schulstraße. 5. Abt.
- 3. Diktir. 8. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ulmer bei Hagen, Wehlerstr. 25. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- 4. Diktir. 8. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ulmer bei Hagen, Wehlerstr. 25. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- 5. Diktir. 8. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ulmer bei Hagen, Wehlerstr. 25. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- 6. Diktir. 8. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ulmer bei Hagen, Wehlerstr. 25. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- 7. Diktir. 8. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ulmer bei Hagen, Wehlerstr. 25. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- 8. Diktir. 8. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ulmer bei Hagen, Wehlerstr. 25. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- 9. Diktir. 8. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ulmer bei Hagen, Wehlerstr. 25. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- 10. Diktir. 8. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ulmer bei Hagen, Wehlerstr. 25. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- 11. Diktir. 8. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ulmer bei Hagen, Wehlerstr. 25. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- 12. Diktir. 8. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ulmer bei Hagen, Wehlerstr. 25. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- 13. Diktir. 8. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ulmer bei Hagen, Wehlerstr. 25. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- 14. Diktir. 8. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ulmer bei Hagen, Wehlerstr. 25. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- 15. Diktir. 8. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ulmer bei Hagen, Wehlerstr. 25. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- 16. Diktir. 8. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ulmer bei Hagen, Wehlerstr. 25. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- 17. Diktir. 8. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ulmer bei Hagen, Wehlerstr. 25. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- 18. Diktir. 8. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ulmer bei Hagen, Wehlerstr. 25. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- 19. Diktir. 8. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ulmer bei Hagen, Wehlerstr. 25. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- 20. Diktir. 8. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ulmer bei Hagen, Wehlerstr. 25. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- 21. Diktir. 8. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ulmer bei Hagen, Wehlerstr. 25. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- 22. Diktir. 8. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ulmer bei Hagen, Wehlerstr. 25. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- 23. Diktir. 8. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ulmer bei Hagen, Wehlerstr. 25. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- 24. Diktir. 8. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ulmer bei Hagen, Wehlerstr. 25. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- 25. Diktir. 8. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ulmer bei Hagen, Wehlerstr. 25. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- 26. Diktir. 8. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ulmer bei Hagen, Wehlerstr. 25. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- 27. Diktir. 8. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ulmer bei Hagen, Wehlerstr. 25. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- 28. Diktir. 8. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ulmer bei Hagen, Wehlerstr. 25. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- 29. Diktir. 8. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ulmer bei Hagen, Wehlerstr. 25. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- 30. Diktir. 8. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ulmer bei Hagen, Wehlerstr. 25. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- 31. Diktir. 8. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ulmer bei Hagen, Wehlerstr. 25. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- 32. Diktir. 8. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ulmer bei Hagen, Wehlerstr. 25. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- 33. Diktir. 8. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ulmer bei Hagen, Wehlerstr. 25. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- 34. Diktir. 8. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ulmer bei Hagen, Wehlerstr. 25. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- 35. Diktir. 8. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ulmer bei Hagen, Wehlerstr. 25. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- 36. Diktir. 8. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ulmer bei Hagen, Wehlerstr. 25. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- 37. Diktir. 8. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ulmer bei Hagen, Wehlerstr. 25. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- 38. Diktir. 8. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ulmer bei Hagen, Wehlerstr. 25. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- 39. Diktir. 8. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ulmer bei Hagen, Wehlerstr. 25. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- 40. Diktir. 8. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ulmer bei Hagen, Wehlerstr. 25. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- 41. Diktir. 8. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ulmer bei Hagen, Wehlerstr. 25. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- 42. Diktir. 8. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ulmer bei Hagen, Wehlerstr. 25. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- 43. Diktir. 8. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ulmer bei Hagen, Wehlerstr. 25. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- 44. Diktir. 8. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ulmer bei Hagen, Wehlerstr. 25. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- 45. Diktir. 8. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ulmer bei Hagen, Wehlerstr. 25. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- 46. Diktir. 8. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ulmer bei Hagen, Wehlerstr. 25. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- 47. Diktir. 8. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ulmer bei Hagen, Wehlerstr. 25. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- 48. Diktir. 8. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ulmer bei Hagen, Wehlerstr. 25. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- 49. Diktir. 8. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ulmer bei Hagen, Wehlerstr. 25. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- 50. Diktir. 8. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ulmer bei Hagen, Wehlerstr. 25. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- 51. Diktir. 8. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ulmer bei Hagen, Wehlerstr. 25. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- 52. Diktir. 8. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ulmer bei Hagen, Wehlerstr. 25. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- 53. Diktir. 8. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ulmer bei Hagen, Wehlerstr. 25. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- 54. Diktir. 8. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ulmer bei Hagen, Wehlerstr. 25. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- 55. Diktir. 8. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ulmer bei Hagen, Wehlerstr. 25. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- 56. Diktir. 8. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ulmer bei Hagen, Wehlerstr. 25. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- 57. Diktir. 8. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ulmer bei Hagen, Wehlerstr. 25. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- 58. Diktir. 8. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ulmer bei Hagen, Wehlerstr. 25. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- 59. Diktir. 8. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ulmer bei Hagen, Wehlerstr. 25. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- 60. Diktir. 8. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ulmer bei Hagen, Wehlerstr. 25. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- 61. Diktir. 8. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ulmer bei Hagen, Wehlerstr. 25. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- 62. Diktir. 8. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ulmer bei Hagen, Wehlerstr. 25. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- 63. Diktir. 8. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ulmer bei Hagen, Wehlerstr. 25. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- 64. Diktir. 8. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ulmer bei Hagen, Wehlerstr. 25. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- 65. Diktir. 8. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ulmer bei Hagen, Wehlerstr. 25. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- 66. Diktir. 8. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ulmer bei Hagen, Wehlerstr. 25. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- 67. Diktir. 8. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ulmer bei Hagen, Wehlerstr. 25. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- 68. Diktir. 8. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ulmer bei Hagen, Wehlerstr. 25. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- 69. Diktir. 8. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ulmer bei Hagen, Wehlerstr. 25. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- 70. Diktir. 8. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ulmer bei Hagen, Wehlerstr. 25. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- 71. Diktir. 8. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ulmer bei Hagen, Wehlerstr. 25. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- 72. Diktir. 8. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ulmer bei Hagen, Wehlerstr. 25. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- 73. Diktir. 8. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ulmer bei Hagen, Wehlerstr. 25. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- 74. Diktir. 8. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ulmer bei Hagen, Wehlerstr. 25. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- 75. Diktir. 8. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ulmer bei Hagen, Wehlerstr. 25. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- 76. Diktir. 8. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ulmer bei Hagen, Wehlerstr. 25. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- 77. Diktir. 8. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ulmer bei Hagen, Wehlerstr. 25. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- 78. Diktir. 8. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ulmer bei Hagen, Wehlerstr. 25. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- 79. Diktir. 8. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ulmer bei Hagen, Wehlerstr. 25. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- 80. Diktir. 8. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ulmer bei Hagen, Wehlerstr. 25. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- 81. Diktir. 8. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ulmer bei Hagen, Wehlerstr. 25. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- 82. Diktir. 8. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ulmer bei Hagen, Wehlerstr. 25. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- 83. Diktir. 8. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ulmer bei Hagen, Wehlerstr. 25. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- 84. Diktir. 8. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ulmer bei Hagen, Wehlerstr. 25. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- 85. Diktir. 8. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ulmer bei Hagen, Wehlerstr. 25. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- 86. Diktir. 8. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ulmer bei Hagen, Wehlerstr. 25. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- 87. Diktir. 8. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ulmer bei Hagen, Wehlerstr. 25. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- 88. Diktir. 8. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ulmer bei Hagen, Wehlerstr. 25. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- 89. Diktir. 8. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ulmer bei Hagen, Wehlerstr. 25. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- 90. Diktir. 8. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ulmer bei Hagen, Wehlerstr. 25. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- 91. Diktir. 8. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ulmer bei Hagen, Wehlerstr. 25. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- 92. Diktir. 8. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ulmer bei Hagen, Wehlerstr. 25. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- 93. Diktir. 8. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ulmer bei Hagen, Wehlerstr. 25. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- 94. Diktir. 8. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ulmer bei Hagen, Wehlerstr. 25. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- 95. Diktir. 8. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ulmer bei Hagen, Wehlerstr. 25. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- 96. Diktir. 8. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ulmer bei Hagen, Wehlerstr. 25. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- 97. Diktir. 8. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ulmer bei Hagen, Wehlerstr. 25. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- 98. Diktir. 8. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ulmer bei Hagen, Wehlerstr. 25. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- 99. Diktir. 8. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ulmer bei Hagen, Wehlerstr. 25. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
- 100. Diktir. 8. Abt. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ulmer bei Hagen, Wehlerstr. 25. Alle Mitglieder müssen erscheinen.

Vereinskalender

Dienstag, 10. Mai

Spandau. Internationaler Bund der Arbeiter (Gottlieb Deutschmann), Abends 7 Uhr Generalversammlung im „Rote Fahne“ (Heiner Gatz).

Mittwoch, 11. Mai

Revis. Lehrergewerkschaft. Revis. 6 1/2 Uhr Obmannerversammlung, hinter der Schulstraße. 7 1/2 Uhr Versammlung.

Lebensmittelkalender

Städt. Verteilung von 200 St. weinl. Weizenmehl (1,50 M.) vom 9. bis 14. d. M. auf Wunsch 1. und 2. Abt. Weiz. (1,50 M.) (1-4 Jahre); Weizenmehl 2. und 3. Abt. Weiz. (1,50 M.) (1-4 Jahre); Weizenmehl 4. Abt. Weiz. (1,50 M.) (1-4 Jahre); Weizenmehl 5. Abt. Weiz. (1,50 M.) (1-4 Jahre); Weizenmehl 6. Abt. Weiz. (1,50 M.) (1-4 Jahre); Weizen